

DAS MAGAZIN DER
HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG
AUSGABE 1, 2005

bölli

THEMA



WER KRIEGT WAS?

Die Zukunft der Gerechtigkeit

- Standpunkte
- 4 DIE ZUKUNFT DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT** Über die menschliche Bedürftigkeit. Eine Kontroverse zwischen **HEINZ BUDE UND RAINER FORST**
- Aufstieg – Abstieg
- 10 WIE BEDROHLICH IST DER WANDEL?** Am Beispiel von Halle an der Saale und Rüsselsheim **VON ELISABETH KIDERLEN UND MICHAELA WUNDERLE**
- Steuergelder wofür?
- 15 VORRANG DEN ÖFFENTLICHEN GÜTERN** Über die Prioritäten, die der Staat setzen sollte, um das Land zukunftsfähig zu machen **VON RALF FÜCKS**
- Arbeitsmarktpolitik
- 16 HARTZ IV** Dazu 3 Fragen, 3 Antworten von 3 Autoren **VON HELMUT WIESENTHAL, WARNFRIED DETTLING UND SIBYLL KLOTZ**
- 19 HARTZ IV UND DIE FRAUEN** Werden die 1-Euro-Jobs die professionellen Arbeitsplätze in der Pflege ersetzen? **VON MECHTHILD VEIL**
- Zustände
- 21 WELT UNTER SPANNUNG** Wohlstandssicherung und Deklassierungsvermeidung – Die Abstiegsängste der Mittelschicht **VON BERTHOLD VOGEL**
- Anstrengung des Begriffs
- 22 WIE VIEL UNGLEICHHEIT IST GERECHT?** Und was verstehen wir unter Gerechtigkeit? Versuch einer Klärung **VON FRANK NULLMEIER**
- Das Interview
- 24 „KINDER WOLLEN GRENZEN“** Gespräch mit dem Choreographen Royston Maldoom, der mit dem Film „Rhythm is it“ eine Diskussion über Erziehung anzettelte **VON ELISABETH KIDERLEN**
- Vermögenspolitik
- 28 DAS UNGLEICHE ERBE** Milliarden werden jährlich von Generation zu Generation weitergegeben – Wer kriegt was? **VON JENS BECKERT**
- 30 KAPITAL FÜR ALLE** Grundzüge einer Reformstrategie **VON CLAUS OFFE**
- Stiften & Spenden
- 31 THE POWER OF ONE** Wie soziale Unternehmer die Welt verbessern wollen **VON MARITTA KOCH-WESER**
- 33 DER NEUE TREND** Private Stiftungen groß im Kommen **VON BIRGIT LAUBACH**
- 34 VERTRAUEN IN DIE EIGENE KOMPETENZ** „Start“ – Ein Programm der Hertie-Stiftung für Migrantenkinder **VON HENRIKE THOMSEN**
- 35 Tipps und Hinweise**
INFORMATIONEN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

IMPRESSUM**HERAUSGEBER**

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Straße 40/41
10178 Berlin
Fon 030-285 34 0
Fax 030-285 34 -109
E-Mail: info@boell.de
www.boell.de/thema

REDAKTIONSLEITUNG

Elisabeth Kiderlen

MITARBEIT

Ute Brümmer, Albert Eckert (V.i.S.d.P.), Björn Ecklundt, Ralf Fücks, Evelyn Hartig, Annette Maennel

ARTDIRECTION

Büro Hamburg/ Jürgen Kaffer, Sandra Klostermeyer

GESTALTUNG

Annette Gassner

BILDREDAKTION

Kerstin Leesch

LITHO

Beyer Lithografie, Hamburg

DRUCK

Gaiser Offsetdruck & Informations-GmbH, Schwäbisch Gmünd

PAPIER

Envirotop, matt hochweiss, Recyclingpapier aus 100% Altpapier

BEZUGSBEDINGUNGEN

Das Heft erscheint dreimal im Jahr. Jahresabo 12 Euro (inkl. Versand) Zu bestellen bei o.g. Adresse



4



10



24



22

Was ist gerecht?

Dies ist die erste Ausgabe von „Böll.Thema“, dem neuen Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung, das künftig dreimal im Jahr erscheinen soll. Jede Ausgabe wird ein Schwerpunktthema behandeln, das die Arbeit der Stiftung widerspiegelt und zentrale politische und kulturelle Fragen aufgreift. Diese Ausgabe ist dem Thema „Gerechtigkeit“ gewidmet, genauer: der Frage nach einem zukunftsfähigen Konzept sozialer Gerechtigkeit.

Die Frage „was ist gerecht“ stellt sich heute schärfer als in den Jahrzehnten ökonomischer Prosperität und sozialer Stabilität, die das Selbstgefühl der alten Bundesrepublik geprägt haben. Es sind vor allem zwei tiefgreifende Veränderungen, die das bisherige Sozialgefüge untergraben: der globale Wettbewerb, der zunehmend auch hochwertige Güter und Dienstleistungen erfasst, und der demographische Wandel mit seiner Umkehrung der Alterspyramide. Das Grundvertrauen in einen stetig wachsenden Wohlstand macht einer Absturzangst Platz, die bis weit in die Mittelschichten reicht. Eine bloße Verteidigung des sozialen Status quo wäre illusionär. Wenn sich die ökonomischen und gesellschaftlichen Fundamente verschieben, muss auch der Sozialstaat umgebaut werden. Aber dieser Umbau wird nur neues Zutrauen stiften, wenn die eingeleiteten Reformen nicht nur als notwendig, sondern auch als gerecht empfunden werden.

Zwei große „Gerechtigkeitsfragen“ kristallisieren sich heraus, an denen sich vor allem entscheidet, wie sozial es in unserer Gesellschaft künftig zugehen wird: die Frage nach der sozialen Teilhabe aller und nach der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Beide suspendieren nicht die alte Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit, aber geben ihr eine neue Richtung.

Generationengerechtigkeit dreht sich um die Verteilung von Lebenschancen zwischen den Generationen: Wieweit geht unser heutiger Wohlstand zu Lasten der Nachkommen, wie eng machen wir ihre Gestaltungsspielräume durch die Überschuldung der öffentlichen Haushalte und die ökologischen Bürden, die wir ihnen hinterlassen?

Chancengerechtigkeit, der gleichwertige Zugang aller zum sozialen, kulturellen und politischen Leben der Gesellschaft, wird immer wichtiger angesichts der Herausbildung einer neuen Unterklasse, in der sich Armut, Bildungsferne und gesundheitliche Handicaps von einer Generation auf die nächste vererben. Soziale Teilhabe erschließt sich vor allem über Bildung und Erwerbsarbeit. Dabei wissen wir spätestens seit „Pisa“, dass unsere Schulen soziale Ungleichheit reproduzieren, statt den Unterprivilegierten zu einem besseren Start ins Leben zu verhelfen.

Eine weitere Schlüsselfrage ist die gerechtere Verteilung des Produktivvermögens. Gerade angesichts wachsender Unsicherheit der Erwerbsbiographien sollten alle Bürger am „Volksvermögen“ beteiligt sein, statt es in den Händen einer Minderheit zu konzentrieren. Nicht Abschaffung, sondern Verbreiterung des Privateigentums kennzeichnet eine soziale Republik. Zu den reformerischen Anstößen, die wir mit diesem Heft geben wollen, gehört auch die Bildung von Kapitaleigentum in der Hand aller Bürger, um ihnen einen Grundstock für eine selbstbestimmte Lebensführung zu bieten.

Die nächste Ausgabe von „Böll.Thema“ wird sich mit dem Thema „Globalisierung und Kultur“ befassen und den Blick stärker auf die globale Dimension richten. Wir hoffen, mit dem neuen Magazin eine interessierte Leserschaft zu finden und die öffentliche Debatte zu beleben.

■ IHR RALF FÜCKS, VORSTAND DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG



BESONDERER TIPP | NEWS

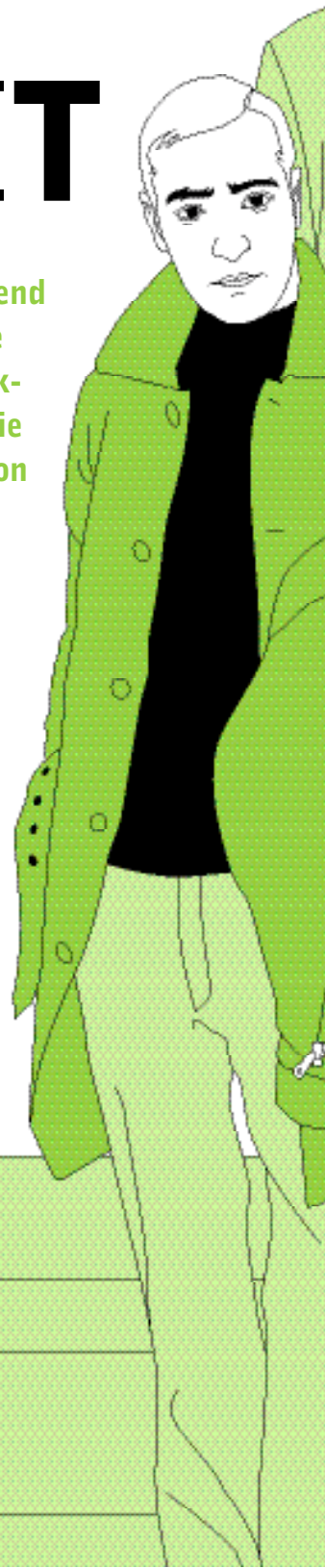
26.-28. Mai, Kongress, Berlin

MYTHOS KREUZBERG – Bilanz eines multikulturellen Experiments
Ist das „Modell Kreuzberg“ als Prototyp eines multikulturellen Stadtteils gescheitert?
Welche Lehren lassen sich aus den Problemen und Potenzialen dieses Quartiers
für eine erfolversprechende Integrationspolitik ziehen?

Information: Heinrich-Böll-Stiftung, Fon 030-285 34-240, migration@boell.de

DIE ZUKUNFT DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT

... und die Macht des Schicksals. Die zunehmende Dynamik globaler Märkte produziert auf kaum mehr vorhersagbare Weise Gewinner und Verlierer. Während der Soziologe Heinz Bude unter der Kategorie des „Respekts“ eine behutsame Neuorientierung sozialer Gerechtigkeit verfiicht, konzentriert sich der Politikwissenschaftler Rainer Forst in seiner Erwiderung auf eben die Verhältnisse, die Schicksal spielen: Die Soziologie wird angemahnt, die Gesetze der Reproduktion von Ungerechtigkeit zu entschlüsseln.





FÜR EINE POLITIK DES RESPEKTS

**Nicht herablassendes Mitleid, sondern
tätiges Mitgefühl für Menschen in einer
Schieflage ist nötig. VON HEINZ BUDE**

Eine Partei für die Lust an der Komplexität, für die Chancen der Freiheit und den Charme der Selbständigkeit hat in Deutschland so lange keine Chance, wie sie den Appell an die soziale Gerechtigkeit vergisst. Der Liberalismus als Vorlage für eine Idee des guten Lebens ist im deutschen Denken nie heimisch geworden. Das ist und bleibt das Schicksal der FDP, die als wirtschaftsliberale Partei selbst in der glorreichen Periode einer „Neuen Ökonomie“ anders als in Großbritannien oder in den Niederlanden, anders aber auch als in Polen oder in der Tschechischen Republik immer eine kleine, manchmal feine, manchmal weniger feine Partei geblieben ist. Wahlen werden in Deutschland nicht mit mehr Freiheit, sondern mit dem Versprechen sozialer Gerechtigkeit gewonnen. Das wird auch 2006 so sein.

Das gilt erst recht für die Grünen. Die sind zwar hauptsächlich eine Partei der Frauen, der Gutgebildeten und Besserverdienenden, aber nicht eine Partei von deren Freiheitsbedürfnissen und Expansionsgelüsten. Sie sind eine Partei der moralischen Sensibilität von netten, toleranten, wohlhabenden und geborgenen Leuten in der Mitte unserer Gesellschaft, die, wie der amerikanische Gerechtigkeitstheoretiker Richard Rorty meint, die Garanten unserer westlichen Kultur der moralischen Empfindsamkeiten bilden. Die Frage nach der Zukunft der sozialen Gerechtigkeit betrifft deshalb den Kern des grünen Projekts und seiner Akzeptanz beim Wahlvolk.

SOZIALE GERECHTIGKEIT – was wollen wir darunter verstehen? Bekannt sind die drei Dimensionen der sozialen Gerechtigkeit: die Leistungs-, die Verteilungs- und die Bedarfsgerechtigkeit. Mit Leistungsgerechtigkeit ist gemeint, dass es gerecht ist, nicht als Parasit seiner Herkunft, sondern durch eigene Anstrengung und Leistung zu dem zu werden, was man ist. In diesem Sinne sind wir alle Anhänger der Leistungsgerechtigkeit. Gerecht sind soziale Verhältnisse aber nur dann, wenn sie den Abstand zwischen den vielen, denen es einigermaßen gut geht, und den wenigen, die viel haben, nicht zu groß werden lässt. Die Sozialpolitik soll „soziale Schieflagen“ vermeiden und die „Schere“ zwischen Armen und Reichen ausgleichen. Dann ist dem Gebot der Verteilungsgerechtigkeit Genüge getan. Mit Bedarfsgerechtigkeit ist allerdings noch etwas Drittes gemeint: Gerecht ist eine Welt nur dann, wenn sie auch denjenigen Anrechte verleiht, die vom Schicksal geschlagen sind und nicht für sich selbst aufkommen können. Für diese hat die Allgemeinheit einzustehen, auch dann, wenn sie das etwas kostet, was dann für andere Annehmlichkeiten fehlt. Ohne diese grundlegende Garantie der Teilhabe für alle kann man sich keine Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit vorstellen.

IN DER BUNDESREPUBLIK haben wir lange von der Dominanz der Verteilungsgerechtigkeit gelebt, was die Erträglichkeit gezeigter und wahrgenommener Ungleichheit betrifft. Aber es hat immer auch einen schwelenden Bedarf an Leistungsgerechtigkeit gegeben, der immer dann deutlich wurde, wenn es um Steuererleichterungen und Sondervergütungen ging. Bedarfsgerechtigkeit war für den Fall der klassischen industriegesellschaftlichen Risiken von Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit und Alter vorgesehen. Wer unverantwortet oder unvermeidlich in eine solche Lage geraten ist, den hat die Allgemeinheit so mit Mitteln zu versorgen, dass seine soziale Teilhabe sichergestellt ist. Arbeitslosigkeit soll nicht mit einem sozialen Absturz, Arbeitsunfähigkeit nicht mit Aussonderung und vor allem Alter nicht mit Armut verbunden sein. Das war und das ist heute noch Konsens in unserer Gesellschaft.

Allerdings hat sich in der Ausdeutung dieses inzwischen Struktur gewordenen Krisenfalls und der auf ihn bezogenen sozialen Rechte eine dramatische Veränderung ergeben. Das Signal dafür ist Hartz IV und die daran geknüpfte schocktherapeutische Botschaft lautet: Nicht mehr dem Stuserhalt gilt die Verantwortung der Allgemeinheit im Fall von Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit, sondern der Exklusionsvermeidung. Die Sozialpolitik soll jetzt dafür Sorge tragen, dass die Leute nicht aus der Gesellschaft herausfallen, und nicht mehr, dass sie ihre einmal erreichte soziale Position behalten können. Damit ist das Exklusionsphänomen zum Bezugspunkt für die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit geworden.

Was ist mit Exklusion gemeint? Bei Exklusionsprozessen sind immer vier Aspekte im Spiel: Arbeit, Familie, Institution und Kör-

per. Selbstverständlich ist Arbeitslosigkeit ein entscheidender Grund für die Erfahrung von sozialem Ausschluss. Aber der Verlust des Arbeitsplatzes muss nicht zu sozialer Exklusion führen. Erst wenn sich zu der Erfahrung, dass der Wiedereintritt ins Beschäftigungssystem nicht gelingt, die Erfahrung gesellt, dass man sich auf seine sozialen Netzwerke in Familie, Freundschaft und Bekanntenkreis nicht verlassen kann, kann ein Prozess der Entkoppelung von den Anerkennungszusammenhängen der Gesellschaft in Gang kommen. Aber das muss nicht unbedingt so sein. Es gibt auch immer die Möglichkeit der Kompensation: Man verliert die Arbeit und dadurch erneuert sich die Familie. Das ist der Ausgangspunkt für die vielfältigen Formen informeller Ökonomien in unserer Gesellschaft.

Wenn freilich durch Arbeitslosigkeit die Netzwerkarmut offensichtlich wird, und man schließlich noch das Gefühl hat, dass die Institutionen der sozialen Sicherung sowieso nur für die anderen da sind, dann muss man von einem Zustand sozialer Verwundbarkeit sprechen. Dabei stellt sich die Frage, ob man noch dazu gehört oder schon zu den Überflüssigen zählt. Und wenn einem schließlich noch der Körper in Form einer Drogenabhängigkeit oder anderer irreparabler Defekte in die Quere kommt, ist ein Weg ins soziale Aus sehr wahrscheinlich.

Der Begriff der Exklusion wartet nun mit der erschreckenden Erkenntnis auf, dass solche Prozesse nicht mehr auf den Rand der Gesellschaft beschränkt sind. In der Mitte unserer Gesellschaft breitet sich ein Gefühl von Unsicherheit aus, von dem auch Gruppen berührt sind, die von ihrer Ausstattung mit materiellen Rücklagen, sozialen Beziehungen und Bildungspatenten eigentlich nichts zu befürchten haben. Trotzdem spürt man in sich Anflüge von Angst, durch unvorhersehbare Lebensereignisse in eine Situation der Exklusion zu geraten. Davon können heute manche 30-Jährigen ein Lied singen, die sich in den 90er-Jahren in die neuen Berufe der Wissensindustrien aufgemacht haben und jetzt die Botschaft bekommen, dass sie nicht mehr gebraucht werden. Sie fragen sich: Was haben wir falsch gemacht? Wer ist daran schuld? Wieso konnten die Verhältnisse so plötzlich umstürzen?

DIESE GENERALISIERTE UNSICHERHEIT steckt hinter der Veränderung der moralischen Sensibilität der Mittelklassen. Das kann sich einerseits in unangenehmen Formen von „Statuspanik“ Ausdruck verschaffen, es kann aber auch die Möglichkeit einer neuen und anderen Aufmerksamkeit für die Nöte anderer mit sich bringen. Das Elend der Welt betrifft nicht allein die anderen, man kann auch selbst davon betroffen sein. Deshalb braucht es einen positiven Begriff von Verpflichtung fürs Allgemeine, die sowohl die nach wie vor gefährdeten Ränder als auch die von Ängsten beherrschte Mitte mit einbezieht. Es ist immer leicht, Gerechtigkeit für andere zu fordern, schwieriger ist es, sich selbst diesem Anspruch zu unterstellen, weil man auch ein Opfer von ungerechten Verhältnissen sein könnte.

VITA | PUBLIKATIONEN



HEINZ BUDE ist Professor für Makrosoziologie an der Universität Kassel und Leiter des Arbeitsbereichs „Die Gesellschaft der Bundesrepublik“ am Hamburger Institut für Sozialforschung. Seine Arbeitsgebiete umfassen u. a. die Generations-, Exklusions- und Unternehmerforschung. **VERÖFFENTLICHUNGEN ZUM THEMA** finden sich in der Zeitschrift „Mittelweg 36“ vom August/September 2004. Sein Buch „Lebenskonstruktionen. Für eine neue Sozialforschung“ erscheint bei Suhrkamp 2005.

ZUGANG ZU BESCHÄFTIGUNG ALS ZENTRALER INDIKATOR FÜR GERECHTIGKEIT (EUROPÄISCHE UNION 2000)

	Beschäftigungs-niveau insgesamt ^a	Arbeitslosenrate ^b	Langzeitarbeitslosigkeit ^c	Frauen-erwerbsquote	Jugendarbeitslosigkeit ^d	Rate der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst
DÄNEMARK	76,3	4,7	1,0	71,6	5,3	22,7
FINNLAND	67,5	9,8	2,8	64,4	11,2	14,6
SCHWEDEN	73,0	5,9	1,3	71,0	5,5	21,9
ÖSTERREICH	68,3	3,7	1,0	59,4	2,9	10,0
BELGIEN	60,5	7,0	3,8	51,5	6,5	10,3
FRANKREICH	62,2	9,5	3,8	55,3	7,1	14,5
DEUTSCHLAND	65,4	7,9	4,0	57,9	4,6	9,3
GRIECHENLAND	55,6	11,1	–	40,9	–	6,9
ITALIEN	53,5	10,5	6,4	39,6	11,8	8,9
LUXEMBURG	62,9	2,4	0,6	50,3	2,5	–
NIEDERLANDE	73,2	2,7	0,8	63,7	3,6	6,8
PORTUGAL	68,3	4,2	1,7	60,3	4,2	12,0
SPANIEN	55,0	14,1	5,9	40,3	11,4	7,5
IRLAND	65,1	4,2	1,7	54,0	3,3	9,3
UK	71,2	5,5	1,5	64,6	8,3	9,5
EU 15	63,3	8,2	3,6	54,0	7,8	11,7

^aGesamtbeschäftigung/Bevölkerung im Alter von 15-64, ^bStandardisierte Quote, ^c Prozent der Langzeitarbeitslosen (12 Monate und mehr) an den Arbeitskräften insgesamt, ^d Prozent der Bevölkerung im Alter von 15-24 (1998), Quelle: Beschäftigung in Europa, Europäische Kommission, 2000

Ein in diesem Sinne positiver Begriff sozialer Gerechtigkeit beinhaltet drei Elemente: Er impliziert erstens die Überzeugung von der Unverzichtbarkeit jedes Einzelnen. Und zwar nicht nur, weil wir einen Blick für das Leiden anderer haben, sondern weil wir durch eine unvorhersehbare Verkettung von Umständen selbst zu denen gehören könnten, die auf die Unterstützung durch die Gemeinschaft aller angewiesen sind.

Ein starker Begriff von sozialer Gerechtigkeit enthält zweitens den Glauben daran, dass sich jeder selbst wieder aufrichten kann. Es ist das unbedingte Ziel aller institutionellen Förderungs- und staatlichen Kompensationsmaßnahmen, dass der oder die Einzelne Herr oder Frau über das eigene Leben werden kann. Nicht herablassendes Mitleid ist gefordert, sondern tätiges Mitgefühl für den anderen, der seine Forderungen an uns stellt.

Aber ein positiver und für eine Mehrheit attraktiver Begriff von sozialer Gerechtigkeit muss auch die Verpflichtung aussprechen, dass keiner das Recht hat, auf Kosten der anderen zu leben. Wer herauszufallen droht, dem muss man helfen, weil wir alle brauchen,

und nicht weil wir uns mit sozialpolitischen Maßnahmen ein Problem vom Halse schaffen wollen.

Damit formuliert sich die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit in einem Begriff des Respekts. Respekt meint eine Haltung der Achtung, der den bedürftigen Anderen als Teil der Allgemeinheit ansieht, die er in Anspruch nehmen muss. Darin liegt ein Vorgriff auf eine Gegenseitigkeit, die im Moment nicht hergestellt ist, weil trotz des prinzipiellen Rechts auf Teilhabe eine Asymmetrie zwischen der alimentierenden Allgemeinheit und dem alimentierten Einzelnen besteht. Respekt hält die Augenhöhe, damit nicht zum Bittsteller werden muss, wer in Abhängigkeit geraten ist. Das kann, wie im Fall von jungen Erwachsenen, denen nur ein bestimmtes Budget an Unterstützung gewährt wird, durchaus mit einer dosierten Überforderung einhergehen. Respekt ist die Unterstellung von Gleichrangigkeit. Insofern beruht eine Politik des Respekts auf der Erwartung einer Wechselseitigkeit der Verpflichtungen, dem Glauben an die Wiederaufrichtbarkeit jedes Einzelnen und der Überzeugung von der Gemeinschaftlichkeit der Verantwortung. ■

» Ein starker Begriff von sozialer Gerechtigkeit enthält den Glauben daran, dass sich jeder selbst wieder aufrichten kann. «

„DAS MÜSSTE SICH DIE SOZIOLOGIE NOCH ZUTRAUEN“

Ein knapper

Kommentar zu einem kurzen Text von Heinz Bude über ein großes Thema. VON RAINER FORST

1 Worüber sprechen wir, wenn wir über soziale Gerechtigkeit sprechen? Darüber, was Personen einander schulden, die einen „Kontext der Gerechtigkeit“ teilen, das heißt einen Kontext sozialer Kooperation, der die nach Gerechtigkeitsgesichtspunkten zu verteilenden Güter (Bildung, soziale Positionen, Arbeit, Einkommen, Vermögen usw.) hervorbringt. Gerechtigkeitspflichten sind, anders als Pflichten der Fürsorge oder der Barmherzigkeit, solche, deren Erfüllung wechselseitig begründet und forderbar ist. Ein Kontext der Gerechtigkeit ist damit nicht nur ein Kooperations- sondern auch ein Rechtfertigungszusammenhang: Grundsätzlich sind darin alle gerechtigkeitsrelevanten sozialen Verhältnisse gegenüber jedem Mitglied dieses Kontexts rechtfertigungsbedürftig, auch und insbesondere denen gegenüber, die bei der Verteilung der begehrten Güter schlecht abschneiden.

Die erste Frage der Gerechtigkeit ist somit die der Etablierung eines solchen Rechtfertigungszusammenhangs, damit die jeweiligen Ansprüche auf faire Verteilung erhoben und gehört werden können. Als fundamentale Exklusion ist der Ausschluss aus diesem Rechtfertigungskontext anzusehen, und eine besondere Form dieser Exklusion ist es, wenn Rechtfertigungspflichten verkehrt werden, wenn z.B. Arbeitslosen gegenüber nicht mehr die bestehende Verteilung von Arbeits-, Bildungs- und Einkommenschancen legitimiert werden muss, sondern im Gegenteil jene begründen müssen, warum sie noch immer keine Arbeit gefunden haben und „auf Kosten der Allgemeinheit“ leben.

Ich bin folglich mit Heinz Bude ganz darin einig, dass das zentrale Problem der Gerechtigkeit das der sozialen Exklusion ist, ich bin aber in einigen wichtigen Punkten nicht mit der Art einverstanden, in der er dieses Problem behandelt. Zugespißt gesagt, sehe ich die Gefahr, dass seine Sicht auf die Dinge das eigentliche Thema der Gerechtigkeit zu verfehlen droht.

2 Zunächst ein Wort zu den drei Dimensionen der sozialen Gerechtigkeit, die Bude unterscheidet: „Verteilungsgerechtigkeit“, „Leistungsgerechtigkeit“ und „Bedarfsgerechtigkeit“. Diese liegen meines Erachtens nicht auf derselben Ebene. „Verteilungsgerechtigkeit“ ist ein übergeordneter Begriff, der sowohl mit „Leistungs-

gerechtigkeit“ als auch mit „Bedarfsgerechtigkeit“ spezifiziert werden kann, der aber keine eigene Alternative zu ihnen bildet: Leistung, Bedarf, Chancengleichheit, vorgängige Rechte, etc. sind allesamt Gesichtspunkte einer distributiven, verteilenden Gerechtigkeit. Und selbst wenn man „Verteilung“ auf „Umverteilung“ zwischen „Armen“ und „Reichen“ reduziert (was bei Bude der Fall zu sein scheint), fehlt noch der Grund für diese Umverteilung, also der eigentliche Gerechtigkeitsgesichtspunkt. Dieser könnte etwa in dem Gedanken vollwertiger sozialer Mitgliedschaft liegen, wonach in einem Kontext, der eine bestimmte Menge relevanter Güter produziert, niemand unter eine gewisse Schwelle fallen, niemand also von zentralen sozialen Teilnahmemöglichkeiten ausgeschlossen sein sollte. Ein weiterer Gesichtspunkt könnte die Leistungsgerechtigkeit sein, denn diese hat in der Budeschen Formulierung – wohl eher nolens als volens – eine stark egalitäre Färbung. Denn wäre es so, dass nach dem Leistungsprinzip niemand „als Parasit seiner Herkunft“ erfolgreich sein dürfte, folgten daraus erhebliche Verteilungskorrekturen etwa für das Bildungssystem und für viele andere gesellschaftliche Institutionen (das Erbrecht, die Besteuerung von Vermögen, Gewinnen, etc.). Dann wäre dies ein radikaler Grundsatz der Chancengleichheit, keinesfalls aber einer, wie Bude glaubt, der mit „Verteilungsgerechtigkeit“ konkurrieren würde.

3 Nun zu meinem wichtigsten Einwand. Wer wie Heinz Bude nach den Gründen und notwendigen Mitteln für eine von der Gerechtigkeit und nicht von der Caritas geforderte Inklusion fragt, muss auch nach den Gründen und Ursachen der beklagten Exklusion fragen. Noch plastischer: Wer von Gerechtigkeit reden will, darf von real vorhandenen Ungerechtigkeiten nicht schweigen, denn diese sollen ja durch die Gerechtigkeit langfristig verändert werden. Dazu erhalten wir aber nur einige knappe Hinweise: Diejenigen, die „nicht für sich selbst aufkommen können“, sind „vom Schicksal geschlagen“, wurden durch „unvorhersehbare Lebensereignisse“ getroffen, einer „Verkettung von Umständen“ geschuldet. Sie wurden in „Nöte“ gebracht, so dass jetzt alles darauf ankommt, dass die Gestrauchelten und in solcher Weise vom Pech Verfolgten sich „wieder aufrichten“ können.

Privat: Michael K. P. Salow

VITA | PUBLIKATIONEN



RAINER FORST ist Professor für Politische Theorie an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main. **VERÖFFENTLICHUNGEN ZUM THEMA:** „Kontexte der Gerechtigkeit“ (Suhrkamp Verlag, Neuauflage 2004). Ein weiteres Buch zu Fragen der Gerechtigkeit erscheint im Herbst 2005 (ebenfalls beim Suhrkamp Verlag) unter dem Titel „Das Recht auf Rechtfertigung“.

Wo liegt hierbei das Problem? Mir scheint erstens, dass durch solche Beschreibungen die Dimension struktureller Ungerechtigkeit, auf deren Korrektur die Gerechtigkeit (etwa im Sinn der institutionellen „Hintergrundgerechtigkeit“ in der Theorie von John Rawls) eigentlich abzielen müsste, aus dem Blick gerät. Nach wirklichen Strukturveränderungen wird gar nicht mehr gefragt und stattdessen zu Maßnahmen individueller Subsistenzsicherung gegriffen. Zweitens werden dadurch ungerechte Strukturen (die durch Menschen verursacht bzw. von Menschen geduldet und fortgeführt werden) und entsprechende Exklusionen zu einer Art Schicksalsmacht erklärt, einer unvorhersehbaren und anonymen Naturkatastrophe gleich. Drittens wird dann in normativer Hinsicht unklar, inwiefern die erwähnte Hilfe zur Selbsthilfe durch die Gerechtigkeit geboten ist oder etwa doch wieder aus Barmherzigkeit und, wie Bude selbst sagt, „tätigem Mitgefühl“. Dadurch wird der Gerechtigkeitsdiskurs nicht nur von einem Diskurs über Ungerechtigkeit und strukturelle Korrekturmöglichkeiten zu einem Schicksalsdiskurs, sondern er wird zu einem Hilfediskurs. Er ruft zur Hilfe denen gegenüber auf, die quasi von ökonomischen Naturkräften getroffen wurden und es nicht aus eigener Kraft schaffen, zurecht zu kommen. Die Art des Anspruchs, den Einzelne im Namen der Gerechtigkeit haben, wird dabei zu einem Hilfsappell zurückgestuft.

In dieser Konstruktion taucht nicht mehr der Gedanke auf, dass die besser Gestellten den Benachteiligten grundsätzlich eine Rechtfertigung schulden, inwiefern die bestehenden Verhältnisse gerecht (fertigt) sind. Das erfordert zunächst einmal reale politische und soziale Inklusion (dies nenne ich „minimale Gerechtigkeit“) und dann die Herstellung wechselseitig zu rechtfertigender Verhältnisse und Strukturen („maximale Gerechtigkeit“). So habe ich meine Zweifel, ob Budes Sicht der Dinge dem Thema soziale Gerechtigkeit „gerecht“ wird, und ich bezweifle auch, dass seine Vorstellung des Verhältnisses einer „alimentierenden Allgemeinheit“ denen gegenüber, die sich wieder „aufrichten“ sollen, die beste Form des gegenseitigen Respekts als gleichberechtigte Mitglieder eines Gerechtigkeitskontexts ist.

4 Wenn aus einer gerechtigkeits-theoretischen Perspektive folgt, dass in dem Fall, in dem die Inklusion als Sache der Gerechtigkeit angesehen wird, die Exklusion eine der Ungerechtigkeit sein muss, dann heißt dies in soziologischer Hinsicht, dass man zu den Prozessen und Strukturen der Exklusion etwas sagen können muss. So müsste sich die Soziologie freilich eine Analyse ungerechter gesellschaftlicher Verhältnisse noch zutrauen, und so komplex und schwierig ein solches Unternehmen auch ist, so unverzichtbar ist es doch für eine informierte Bestimmung sozialer Gerechtigkeit – auch in Zeiten der Globalisierung. Es sei denn, dies sind Zeiten, in denen die Verhältnisse tatsächlich zu Schicksalsmächten geworden sind. Das ist vielleicht die umfassende Frage, um die sich unser Disput dreht. ■



HEINRICH BÖLL STIFTUNG



**Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.):
DIE GRÜNEN IN EUROPA**
Ein Handbuch

Verlag Westfälisches Dampfboot
1. Auflage, Münster 2004,
312 Seiten, Preis: € 19,90
ISBN 3-89691-571-1

**Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.):
SELBSTSTÄNDIG LERNEN**
Bildung stärkt Zivilgesellschaft.
Sechs Empfehlungen der
Bildungskommission
der Heinrich-Böll-Stiftung

Verlag: Beltz
1. Auflage, Berlin 2004,
240 Seiten, Preis: € 16,90
ISBN 3-407-25354-0



**Die Bücher sind im Handel sowie bei der
Heinrich-Böll-Stiftung erhältlich, Fon 030-285 34 0,
E-Mail info@boell.de, Internet: www.boell.de,
Weitere Publikationen unter: www.boell.de/publikationen**

6. Außenpolitische Jahrestagung 2005



2.-3. Juni, Tagung, Berlin, Berlin-Brandenburgische
Akademie der Wissenschaften

DIE NACHBARSCHAFTSPOLITIK DER EU

Mit Gästen aus Europa, dem Kaukasus, dem Nahen und
Mittleren Osten und den USA

Information: Heinrich-Böll-Stiftung, Sascha Müller-Kraenner,
sascha@boell.de; Andrea Peschel, andrea@boell-brussels.org
Weitere Veranstaltungen unter: www.boell.de/veranstaltungen

WIE BEDROHLICH IST DER WANDEL?

In der einst so reichen Autostadt Rüsselsheim herrscht heute Angst vor dem Niedergang. In der ehemaligen Chemiestadt Halle an der Saale, die ein Viertel ihrer Bevölkerung verloren hat, macht sich Aufbruchstimmung breit. Gefühlte Armut, tatsächliche Armut – alles auch eine Frage der Perspektive.

VON ELISABETH KIDERLEN UND MICHAELA WUNDERLE

HALLE AN DER SAALE

Frohe Zukunft“ ist der Name einer alten Arbeitersiedlung, der Name der Endhaltestelle einer Straßenbahnlinie und ein ziemlich abgedroschener Scherz in Halle, der Stadt in Sachsen-Anhalt, die seit 1989 rund ein Viertel ihrer Einwohner verlor. Ein Viertel, das sind gut 70 000 Menschen, das ist als ob die Bewohner einer Stadt fast der Größe Erlangens innerhalb von 16 Jahren einfach verschwunden wären. Und an der Saale wird davon ausgegangen, dass der Exodus noch anhält.

„Frohe Zukunft, ha, ha!“ Der viel beschäftigte Grafiker der Franckeschen Stiftungen, des 1698 gegründeten pietistischen Waisenhauses, heute eine Bildungsinstitution von europäischem Rang, setzt noch eins drauf, wenn er seine – tatsächliche (!) – Adresse angibt: „Frohe Zukunft 1a“. Dann steht er da wie der König aller Witzbolde. Aber wer weiß, vielleicht offenbart das Gelächter ja nicht nur Galgenhumor, vielleicht ist da eine List der Geschichte am Werk und mit „Der Zukunft zugewandt“ und „Mit uns zieht die neue Zeit“ geht es jetzt, da der real existierende Sozialismus Vergangenheit ist, erst so richtig los.

Steht man auf dem Marktplatz zwischen Kränen, Pressluft-hammern und den Straßenbahnen, die sich hier kreuzen, könnte man auf solche Gedanken kommen. Steht man da, mittendrin im

Geklopfe, Gequietsche, Gerattere, es dringen einem Gesprächsfetzen der Passanten ans Ohr, und unerwartet legt eine Karnevalskapelle los, dann wirkt das alles ziemlich futuristisch. Passend zum, sagen wir, dynamischen Stilmix der Gebäude – sechs Jahrhunderte umstellen den Platz, vom Marktschloss im Stil der Renaissance bis zur Galeria Kaufhof, die auch ihren Stil hat.

AUF DEM MARKTPLATZ wird neues Pflaster in Muster gelegt, die Häuser der ihn umgebenden Straßen sind fast alle frisch renoviert, eine stolze und trotzigte Aufbauleistung, denn in der DDR verfiel die Innenstadt, und wenn die Wende nicht gekommen wäre, hätte man sie ein- und abgerissen. Hier in der Stadtmittte stand, so die Haltung der damals Verantwortlichen, sowieso nur die graue Vorzeit: Mittelalterliches, Barockes, Gründerzeitliches, vor sich hin modernd und von den bitteren Dünsten aus Buna, Leuna und Bitterfeld angefressen. Draußen aber, in Halle-Neustadt, entstand das Neue, Helle, eine sozialistische Modellstadt. 100 000 lebten dort, von einem eigenen Bahnhof wurden die Massen täglich zu den großen Produktionsorten des Chemiedreiecks hin- und zurücktransportiert.

Die Industrie ist inzwischen abgewickelt, die wirtschaftliche Basis der Stadt weggebrochen, die Luft und der Fluss werden Jahr für Jahr sauberer. Im Bahnhof von Halle-Neustadt stehen die Pfützen, das Dach ist leck, und die wenigen hier herumstehenden Männer

Thomas Ziegler (2)





Halle an der Saale will wieder hoch hinaus

mit ihren Bierflaschen und ihren Hunden haben sich in die trockenen Ecken zurückgezogen. „2 Euro für eine Patenschaft“ – das Plakat auf dem Vorplatz, mit dem sich „Misereor“ für die Kinder aus der Dritten Welt engagiert, wirkt hier fast wie eine Bitte in eigener Sache.

Still ist es in Halle-Neustadt geworden. Und wie zum Spott scheinen die Geschäfte für Hörgeräte zu gedeihen, auch das Gehörlosenzentrum von Sachsen-Anhalt befindet sich hier zwischen den Hochhäusern. Sind denn so viele in Neustadt taub? „Hier gibt es vieles, was man nicht versteht“, sagt eine alte Frau mit zänkischem Unterton, „ja, und hier gibt es auch viele Blinde. Und dann werden sogar Häuser zerstört.“ Auf der anderen Seite der Straße liegen die Trümmer eines gerade abgerissenen Plattenbaus, andere stehen schon leer. „Dabei haben die Leute früher Schlange gestanden, um in Neustadt eine Wohnung zu bekommen. Jetzt sind sie alle ab nach drüben.“ Den geliebten Neustädtern muss es vorkommen, als würde ihnen, den Zurückgelassenen, den Letzten, Scheibe für Scheibe das Fundament unter den Füßen weggezogen – ein panisches Lebensgefühl.

Zwanzig Prozent der Wohnungen in Halle stehen leer, 20 000 sollen abgerissen werden. In Halle wird Geld nicht nur in den Aufbau gesteckt, in Halle braucht man viel Geld für den Abbau – von überschüssigem Wohnraum und überflüssig gewordener Infrastruktur. „Zu viele Wohnungen, zu viele Versorgungs- und Ent-

sorgungssysteme, zu viele Kindergartenplätze, ein unheimlich reichhaltiges Kultur-, Sport- und Sozialeinrichtungsnetzwerk . . . Wir haben eigentlich von allem zu viel.“ Sagt Ingrid Häußler, Oberbürgermeisterin der Stadt. Auch zu viele Schulden: 700 Millionen Euro Altschulden und jährlich 35 Millionen Euro strukturelles Defizit. „Wir sind kurz vor dem Kollaps, kurz vor der Zwangsbewirtschaftung“, resümiert die ehemalige Betriebsrätin von Buna. Lächelt charmant und optimistisch: „Wir haben uns beworben als europäische Kulturhauptstadt 2010.“ Und freut sich über die Verblüffung, die sich bei ihren Worten auf den Mienen der Besucher spiegelt.

HALLE MUSS SICH NEU ERFINDEN. Die Selbsterfindung beginnt im Kopf. Wer sind wir? Wo wollen wir hin? Immer nur den Gürtel enger schnallen und dann darüber jammern, macht traurig, das weiß man inzwischen in der Stadt, die eine findige Marketingidee „Diva in Grau“ getauft hat. Wie kann man also neuen Schwung an die Saale bringen? Indem man der Stadt ein kühnes, ein unwahrscheinliches Ziel setzt. Europäische Kulturhauptstadt! So oder ähnlich könnte damals die Diskussion unter den Stadtoberhäuptern gelaufen sein.

Aber wir haben doch nichts, womit man Eindruck machen kann, mag da eine städtische Größe gesagt haben, außer einer ungeheuren Zahl von Abwanderern, einem Berg Schulden und einem

» Wir sind kurz vor dem Kollaps, kurz vor der Zwangsbewirtschaftung. Und wir haben uns beworben als europäische Kulturhauptstadt 2010. « HALLES OBERBÜRGERMEISTERIN INGRID HÄUSSLER

enormen Leerstand. Und dann die alles entscheidende Wendung: Eben! Schrumpfende Stadt! Modell für andere Städte, denen aus demographischen Gründen Ähnliches bevorsteht! Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Soziologisches Studienobjekt. Labor der urbanen Zukunft Europas. Halle, ein Modell – unsere Probleme, unsere Defizite werden wir zum Thema der Bewerbung zur Kulturhauptstadt machen – und die Letzten werden die Ersten sein.

SEITDEM HAT HALLE DEN DREH GEFUNDEN. Die Chance nutzen. Leere hat schon immer Phantasien freigesetzt, und Leerstand will gefüllt werden. „Alles ist in Halle denkbar“, formuliert die Bewerbungsbroschüre, „Raum für neue Ideen ist ausreichend vorhanden.“ Und tatsächlich rührt sich etwas in der Stadt. Das Kinder- und Jugendtheater „Thalia“ hat Ideen ausprobiert, was man mit so einer Plattenbauscheibe alles machen kann. Ein Künstlerhotel etwa, in dem die Gäste ihre Zimmer selbst gestalten, preiswerter WG-Raum. Ins „Hotel Neustadt“ zogen über hundert Jugendliche, rund sechzig Künstler erprobten mit ihnen, was Wohnen und Leben in der Platte heute sein kann. Auch die Oberbürgermeisterin, die in DDR-Zeiten jahrzehntelang in Halle-Neustadt wohnte, zog es für eine Nacht zurück in die alte Heimat. Und warum sollen die Arbeitslosen nicht ihre Fähigkeiten und Erfahrungen nutzen und leerstehende Häuser für sich renovieren und vielleicht sogar nach und nach Eigentum schaffen? Warum nicht? Alles ist möglich.

Dann Burg Giebichenstein, die renommierte Hochschule für Kunst und Design. Die Besitzer leerer Geschäfte wurden gebeten, diese den Studenten als Atelier für eine Zeit zur Verfügung zu stellen: alle paar hundert Meter eine Produktionsstätte für neue Mode – Kleidung, Leder, Kunsthandwerk, Innenarchitektur . . . Andere junge Leute planen Kunstereignisse, mal in einem leeren Dachgewölbe, mal in einer leeren Industriehalle, mal in einem leeren Handwerksbetrieb, mal in einem leeren Keller. Wohn- und Arbeitsraum ist billig, warum sollte man von hier weggehen, warum sollte man nicht hierher kommen, sich neu ansiedeln – man muss nur den Begriff Lebensqualität neu interpretieren – als mitreißenden, aufregenden Veränderungsprozess, bei dem es sich lohnt, dabei zu sein.

In Halle, wo Firmen und Unternehmen langsam wieder eintreffen, spielt Kultur eine große Rolle – 9,54 Prozent des Haushalts kommt ihr zugute. Das ist weit mehr als die Städte im Westen ausgeben, wo der Kulturetat in der Krise kontinuierlich zurückgefahren wird. „Wir haben doch sonst nichts“ war bislang die Devise im Rathaus. Heute heißt es: „Die kulturelle Auseinandersetzung mit dem Phänomen schrumpfender Städte fördert das Entstehen zukunftsfähiger Strukturen.“ Die spielerische Beschäftigung mit neuen Ideen, das Experimentieren mit Raum und Räumen, das Einüben eines Mentalitätswandels – das ist es, was die Politik fördern – oder behindern kann. Und Halle fördert, der Skepsis vieler Bewohner zum Trotz.

Die erste Geige allerdings spielt die Wissenschaft – die Universität und die vielen neu angesiedelten Forschungsinstitute von Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Leibniz-Instituten. Sie wie Münchhausen am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen – die Wissenschaftler partizipieren an Halles bravourösem Selbsterfindungsprozess und machen die Stadt und ihre Probleme zum Forschungsthema: „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch“ – auch die Ergebnisse des Sonderforschungsbereichs der Universität sollen 2010 zur öffentlichen Diskussion gestellt werden.

„Eine Zukunft für die Platte“ ist ein weiteres Studienprojekt. „Ganz Halle ist eine Denkfabrik“ nennt Ingrid Häußler das und verweist auf die Zusammenarbeit von Kommunalpolitikern, Stadtplanern, Unternehmern und Bürgern bei der Entwicklung der einzelnen Stadtviertel.

Der anthropologische Blick hat in Halle Tradition, eingeführt durch den Aufklärer und Pietisten August Hermann Francke, auf den die Franckeschen Stiftungen zurückgehen. Von hier aus wurden Missionare in alle Welt geschickt, die Heiden zu konvertieren, die unbekannte Natur und die fremden Kulturen zu erforschen und Zeugnisse für das kleine Museum zurückzubringen. Heute jedoch beginnt etwas Neues: Der anthropologische Blick wendet sich zurück und erkundet – sich selbst. Ob Halle nun 2010 den Sieg davonträgt, ob die Stadt an der Saale europäische Kulturhauptstadt wird – es wäre ihr zu wünschen. Aber geändert hätte sich auch vorher schon sehr viel. Zuallererst im Kopf: Halle macht mobil. Die graue Diva trägt jetzt Farbe und fordert zum Tanz. ■ VON ELISABETH KIDERLEN

STRUKTURDATEN HALLE

	BEVÖLKERUNG
1984	236 456
1990	309 406 (Zusammenschluss von Halle und Halle-Neustadt)
1995	289 909
2004	237 093
	ARBEITSLÖSENQUOTE
1984	0% (Es gab offiziell keine Arbeitslosigkeit in der DDR)
1995	13,3%
2004	21,0%
	GEWERBESTEUERAUFKOMMEN
1984	15,296 Millionen Euro
1994	34,588 Millionen Euro
2003	21,540 Millionen Euro

VITA | PUBLIKATIONEN



ELISABETH KIDERLEN war Redakteurin beim Kultur- und Reisemagazin „Merian“ und Ressortleiterin der Kulturredaktion der Badischen Zeitung, bevor sie die Redaktionsleitung von „Böll.Thema“ übernahm. **VERÖFFENTLICHUNGEN:** „Der Süßmuth-Effekt“, Eichborn Verlag 1989, Frankfurt/M. „Ein deutscher Herbst. Zustände, Analysen, Kommentare“, Verlag Neue Kritik 1977.

RÜSSELSHEIM

Opel-Hauptportal, Rüsselsheim. Schwer liegt die graue Wolken-
decke über der Stadt am Main. Trüber als der Januar-Himmel
sind nur die Mienen der Opelner, die vereinzelt aus dem Werk kom-
men, wortlos zum Auto eilen, allenfalls bereit zu einem genervten
„Kein Kommentar.“ Gesprächig zeigt sich einzig ein älterer Italie-
ner. Ja, er war mal bei Opel. Gott-sei-Dank vor langer Zeit. „Jetzt ist
da ja crisi.“ Er rollt die Augen, hebt die Hände – „grande crisi.“
Die große Krise verhagelt nicht nur den Opelanern die Stimmung.
In der gesamten Region griff Panik um sich, als die ferne Kon-
zernmutter von General Motors in Detroit den defizitären
europäischen Töchtern Opel, Saab und Vauxhall mit Massenent-
lassungen drohte. Und öffentlich erwo, den Opel-Standort Rüs-
selsheim zu schließen – ausgerechnet das Stammhaus, dessen Ar-
beiter seit gut hundert Jahren Autos bauen, mit der europaweit
modernsten Fertigungsanlage und dem Entwicklungszentrum!
Damals, Mitte Oktober 2004, trieb die erste Panik auch ein paar hun-
dert Schüler und Azubis auf die Straße. „Wenn Opel dicht macht,
ist hier alles aus,“ schallte es verzweifelt aus dem Megaphon.

Nun, die Bosse von General Motors in Detroit und Zürich, Sitz der
Europazentrale, drehten für keinen der Standorte den Daumen
ganz nach unten – bislang jedenfalls. Doch allein in Rüsselsheim wer-
den bald etwa 5200 der 20 000 Stellen verschwunden sein. Nicht
alle sofort – 2500 Beschäftigte hatten schon vor der Krise Alters-
teilstellungsverträge unterzeichnet, die 2010 auslaufen. 2900 Arbeits-
plätze aber verschwinden jetzt zu je einem Drittel in Verwaltung, Pro-
duktion und Entwicklung. „Über die Standortsicherung ist bislang
nichts definitiv,“ erklärt Betriebsrat Armin Herber, Opelner seit
1987. Sie ist das Hauptziel samt der Beschäftigungsgarantie für die
im Werk Verbleibenden, und dafür seien die Arbeitnehmer auch zu
Zugeständnissen bereit. Festgeklopft wurden bislang die Konditio-
nen, die den Kollegen ein freiwilliges und „sozial abgefedertes“
Ausscheiden ermöglichen sollen – via Altersteilzeitprogramme,
Transfergesellschaften und Abfindungen, die zwischen 10 000 und
weit über 200 000 Euro liegen können.

HIN UND HER ÜBERLEGT wird in der „Opel-Klausen“ am Tor 20.
An den blanken Holztischen verzehren die Männer in grauer Opel-
Kluft Jägerschnitzel zu vier fünfzig. Die Luft ist verraucht.
Gesprächsthema: die Krise. Die Wirtin beklagt, dass sie kürzlich
noch Ersparnisse aus zehn Jahren in die Renovierung der „Klausen“
gesteckt hat, neuer Anstrich, neuer Spielautomat. „Wenn die ihre
Abfindungen in der Hand haben, sind auch viele meiner Kunden
weg.“ Der Opelner, der allein vor seinem Bier sitzt, ist skeptisch.
„Auffanggesellschaft, gut und schön. Der Absturz in die nackte
Arbeitslosigkeit, der kommt halt ein Jahr später! Wer stellt denn heut
noch Leute ein? Leute über vierzig?“ Er schweigt. „Ich? Ja, ich ge-



Trübe Stimmung. Proteste in Rüsselsheim, Herbst 2005

he mit der Abfindung, vielleicht mach ich ja Weiterbildung. Denn
wenn ich jetzt nicht geh, kündigen sie mich später doch, und dann
bleibt mir gar nichts.“ Nein, er hat weder Kind noch Frau.
„Irgendwie wird's schon klappen bei mir. Aber“, sein Kinn weist auf
zwei ältere Männer am Tresen, die halblaut miteinander reden,
„wenn ich seh, wie die panisch hin- und herrechnen...“

Der Betriebsrat schätzt, dass Opelner ab vierzig, das Angebot
Transfergesellschaft samt stattlicher Abfindung annehmen wer-
den. Tatsächlich zeigt sich Anfang Februar, dass das Angebot die
jüngeren und ledigen Beschäftigten offenbar weit weniger lockt als
die älteren. Für Ärger in der Belegschaft sorgt zum einen, dass die
Jungen deshalb von Abteilungsleitern unter Druck gesetzt wür-
den. Zum anderen, dass es Fälle gibt, in denen Opel sich weigert,
ältere Beschäftigte mit hoher Abfindung ziehen zu lassen, weil,
so heißt es, nicht auf deren Know-how verzichtet werden könne. Es
wird sich zeigen, ob die Sanierung tatsächlich ohne Massenkündi-
gung erreicht werden kann. Und dann – Aufatmen bei Opel?

„Nein.“ Jakob Kopp, gelernter Maschinenschlosser, heute bei der
Gebäudeinstandhaltung, schüttelt den Kopf. „Alle grübeln darüber
nach, was sie in der Arbeitslosigkeit tun. Ich kenn Kollegen, die den-
ken an eine Ich-AG.“ Er lächelt verlegen. „Was Bescheidenes. Ein
Schlosser kann in seinem Dorf Zäune bauen. Tausend Euro netto,
das reicht, wenn einer sein Häuschen abbezahlt hat. Aber“, Jakob
hebt die Stimme, „ich kenn allein vier, fünf, die sich vor einem hal-



» Wir glaubten, hier würden immer Autos
gebaut. Heute geb ich dem Standort Rüsselsheim
keine Zukunft mehr. « JAKOB KOPP, GEBÄUDEINSTANDHALTUNG OPEL

ben Jahr ein Haus gekauft haben. Für die wird's auch mit Abfindung eng.“ Das Häuschen mit Garten und Grillecke, typisch für Rüsselsheim und Region. Denn die – von Adam Opel 1862 gegründete – Automobilfabrik bot etlichen Generationen Sicherheit, Löhne zwanzig Prozent über Tarif, gute Renten, Lebensstellungen. Auch Kopp verbrachte sein gesamtes Arbeitsleben „beim Opel“. „Als ich vor 38 Jahren anfang, bekam man eine Stelle und blieb.“ Zeitweilig arbeiteten in dem Werk, das die Familie 1929 an General Motors verkauft hatte, 42 000 Menschen aus ganz Europa. Unaufhörlich liefen Autos vom Band, in drei Schichten, tausend Autos pro Tag in der Hochzeit. Der prosperierende Koloss bedeckte schließlich ein Drittel der Fläche des einstigen 4000 Seelen-Dorfs am Main.

RÜSSELSHEIM – „OPELHEIM“ – stieg auf zu einer der reichsten Städte der Republik. Eine Stadt in Bewegung, die auf vielspurigen Straßen einer Zukunft immerwährenden Wachstums entgegen preschte. „Wir glaubten, hier würden immer Autos gebaut!“ Jakob Kopp hebt die Schultern, ratlos ob der Einsicht, dass der Mythos von Opel als Garanten von bescheidenem Wohlstand und Sicherheit zerstoßen ist. „Heute geb ich dem Standort keine Zukunft mehr.“ Ihm könne es egal sein. Kopp, 53, gehört zu denen, die bereits vor der Krise einen Altersteilzeitvertrag unterschrieben haben; er wird mit sechzig in Rente gehen. Doch da ist sein nach der Kfz-Lehre arbeitsloser Sohn. Und Trauer klingt durch Kopp's beherrschte Stimme, wenn er schildert, wie ganze Abteilungen „platt gemacht“ werden. „In meiner Abteilung sind wir 150 Leute, sechzig davon sollen weg.“ Die Opel AG baut seit langem Stellen ab. Langsam, ohne den Schock massenhafter Kündigungen. Die Krise jetzt tut deswegen so weh, weil der Einschnitt vertikal durch den ganzen Betrieb geht.

„Rüsselsheim ist nicht Opel.“ Das beteuert OB Stefan Gielowski, 49, ein ums andere Mal, ohne recht gehört zu werden. Obschon es zutrifft, dass die Bedeutung des Werks für den Rüsselsheimer Arbeitsmarkt gesunken ist, mehr betroffen ist die Region bis hinauf nach Limburg. Auch zahlt die Opel AG schon seit fünf Jahren keine Gewerbesteuer mehr. Insofern wirkt sich die Krise wenig auf den Stadtsäckel aus, und Rüsselsheim konnte das in den fetten Jahren aufgebaute Bildungsangebot halten. Zu Recht weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass die Stadt die meisten der seit Jahren wegfallenden Arbeitsplätze durch Neuansiedlungen kompensiert hat.

Beharrlich kämpft der Chef einer rot-grünen Rathaus-Koalition gegen das „Negativ-Image“, das die Opel-Krise seiner Stadt verpasst hat. Da ist der Standortvorteil der an fünf nahe Großstädte und den Rhein-Main-Flughafen bestens angebundene Stadt. Doch – „Leider kann ich nicht sagen, dass die Nachfrager im Moment Schlange stehen“, formuliert Gielowski ungerne und steif. Die Vermakelung von Gewerbeflächen schwächelt. Der einzige Betrieb, der in den letzten anderthalb Jahren in nennenswerter Zahl Arbeitsplätze brachte, ist die Europa-Zentrale von Hyundai. Und die zieht jetzt nach Offenbach, Rüsselsheim bleibt nur der Entwicklungsbereich.

„Die Rüsselsheimer haben im Vergleich zu anderen Bundesbürgern noch immer mehr im Portemonnaie.“ Hans-Jürgen Jansen, Chef der Buchhandlung am Ort, kennt die Statistik. Und sein Umsatz gibt ihm recht. Sein Bücherhaus läuft, ansonsten wirkt die Innenstadt nicht so, als bliebe dort viel Geld hängen. An „Karstadt“ erinnert nur noch die Inschrift am leeren Gebäude. Stattdessen boomt ein „Billig-Kaufhaus.“ Der Mittelstand lahmt. Die Fußgängerzone zwischen Rathaus und Opel-Hauptportal ist ein Parcours zwischen Handyshops, Spielhöhlen, Wettbüros, Imbissstuben und Internetcafés, in denen viel türkisch und arabisch gesprochen wird.

Karin Lenz, Lehrerin, fühlt sich hier nicht mehr zu Hause. Sie hat sich längst nach Mainz oder Wiesbaden umorientiert. Die Tochter eines Vaters, dem Opel die Ausbildung und eine steile Karriere im technischen Bereich bot, bangt um die Zukunft der Stadt. Auch, weil ihr Eigenheim im gediegenen Stadtteil Horlache aufgrund der Ausdehnung des Flughafens rapid an Wert verloren hat. „Das Rüsselsheim, das ich kannte, gibt's nicht mehr“, sagt sie. Jenes zukunftsgläubige Rüsselsheim, das einst Pläne für eine Stadt von 100 000 Menschen entwarf und Trabantenviertel hochzog, die nun verloren in den Schleifen des dichten Straßennetzes stehen. Dann, am Opel-Hauptportal, zuversichtliche Töne. Ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes, 28 Jahre im Betrieb, teilt bereitwillig mit, dass er, jawohl, das Angebot Transfergesellschaft plus Abfindung angenommen habe. Mit Freuden. „Ich hab keine Angst vor Dauerarbeitslosigkeit“. Der gelernte Universalfräser, 43, guckt pffiffig. „Ich würde mich sogar zum Krankenpfleger umschulen lassen. Oder kellnern gehen.“ Wie hoch seine Abfindung ist? Er feixt, schweigt. Seine Frau verdient gut, Kinder gibt's keine. „Mal sehen, was kommt.“ Und er verabschiedet sich, gut gelaunt trotz einer Zukunft ohne Opel. ■ VON MICHAELA WUNDERLE

STRUKTURDATEN RÜSSELSHEIM

BEVÖLKERUNG

1984	58 167
1994	60 118
2004	59 703

ARBEITSLÖSENQUOTE

1984	6,1%
1994	6,3%
2004	8,2%

GEWERBESTEUERAUFKOMMEN

1984	15,296 Millionen Euro
1994	31,777 Millionen Euro
2004	12,900 Millionen Euro

VITA | PUBLIKATIONEN



MICHAELA WUNDERLE ist freie Journalistin, Übersetzerin aus dem Italienischen und Autorin zahlreicher Radiofeatures darunter einer Sendung über den Streik zur Einführung der 35-Stunden-Woche im Rüsselsheim der 80er-Jahre.

VERÖFFENTLICHUNGEN: „Politik der Subjektivität. Texte zur italienischen Frauenbewegung“, Edition Suhrkamp, Frankfurt/M. 1977 „Apropos Margarete Buber-Neumann“, Verlag Neue Kritik 2001, Frankfurt/M. 2001



VORRANG DEN ÖFFENTLICHEN GÜTERN

Schule, Bahn, Museum oder Kindergeld, Rentenzuschüsse, Eigenheimzulage? Welche Prioritäten muss der Staat setzen, um das Land zukunftsfähig zu machen? **VON RALF FÜCKS**

Die Krise der öffentlichen Finanzen entwickelt sich immer mehr zu einer Krise der öffentlichen Infrastruktur. Schulen, Universitäten, kommunale auch Kliniken sind chronisch unterfinanziert, nicht anders der öffentliche Nahverkehr. Bibliotheken werden geschlossen, die Zuschüsse für freie Kulturprojekte zusammengestrichen, viele Theater und Museen können kaum mehr den laufenden Betrieb finanzieren. Dass die Bundesrepublik einen eklatanten Rückstand bei der öffentlichen Kinderbetreuung hat, ist inzwischen ein Gemeinplatz.

Der Anteil der Zukunftsinvestitionen an den Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte ist kontinuierlich gesunken. Gestiegen sind die Zuschüsse zur Rentenversicherung und die Kosten der Arbeitslosigkeit, die Pensionsverpflichtungen und die Zinsen. Insbesondere in den Kommunen ist die Lage dramatisch – das gilt mittlerweile sogar für Top-Adressen wie Frankfurt oder München.

Dieser Trend muss dringend umgekehrt werden. Bildung und Wissenschaft, ein für alle zugängliches Gesundheitssystem, ein leistungsfähiger öffentlicher Verkehr, eine vielfältige Kulturlandschaft sind „öffentliche Güter“, die für die Integrationskraft einer Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind. Auch die öffentliche Sicherheit gehört in diese Kategorie. Gerade angesichts wachsender sozialer und kultureller Divergenzen leisten solche Güter, die allen Bürgern gemeinsam sind, einen unverzichtbaren Beitrag zum Zusammenhalt der Republik. Sie sind das Rückgrat jeder Politik der Chancengerechtigkeit, weil sie aus-

gleichend auf das private Reichtumsgefälle wirken. Dass Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Kultur zugleich das Fundament für den Wohlstand von morgen sind, pfeifen schon die Spatzen von den Dächern.

Wenn es Sinn machen soll, von einem „europäischen Sozialstaatsmodell“ zu reden, dann ist sein Kennzeichen der hohe Stellenwert, den öffentliche Güter als Schlüssel für die gesellschaftliche Wohlfahrt haben. Daraus folgt nicht, dass sie ausnahmslos als staatliche Dienstleistung vorgehalten werden müssten. Im Interesse der Angebotsvielfalt und eines leistungsfördernden Wettbewerbs sind staatliche Zuschüsse für freie Träger oder private Anbieter oft die bessere Alternative. Öffentliche Güter müssen nicht in staatlicher Hand sein, aber es gehört zu den Kernaufgaben des Staats, sie zu gewährleisten und auf ihre Qualität zu achten. Dafür müssen die politischen Prioritäten richtig gesetzt werden.

INVESTITIONEN in Bildung, Wissenschaft, Kultur und soziale Integration müssen Vorrang haben vor weiteren Steuersenkungen zugunsten der privaten Einkommen. Das dient auf Dauer auch der Wettbewerbsfähigkeit des „Standort Deutschland“ mehr als ein Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze. Sicher gibt es noch ein weites Feld für Kostensenkung im öffentlichen Sektor, aber die abstrakte Forderung nach Senkung der Staatsquote führt in die Irre. Wir können es uns weder gesellschaftlich noch volkswirtschaftlich leisten, die öffentlichen Güter herunterkommen zu lassen, während der private Reichtum von Staats wegen gefüttert wird.

Eine Gesellschaft, die ihren Reichtum an der PS-Stärke ihrer Autos statt an der Qualität ihrer Schulen misst, setzt falsche Maßstäbe.

DER PRIMAT öffentlicher Güter gilt aber auch gegenüber sozialen Transferzahlungen. Wir müssen entscheiden, worauf mehr Wert gelegt werden soll: auf eine gute öffentliche Infrastruktur oder auf steuerfinanzierte Zuschüsse für Renten, Pendler, Häuslebauer und andere personenbezogene Sozialleistungen jenseits einer garantierten Grundsicherung. Für die Studienfinanzierung heißt das: Der Staat sollte sich auf ein verbessertes Angebot der Hochschulen konzentrieren und die individuelle Studienfinanzierung (Bafög) weitgehend auf Darlehen umstellen, die in Abhängigkeit vom Einkommen der Absolventen später zurückzuzahlen sind. Auch die Diskussion um eine Erhöhung des Kindergelds geht in die falsche Richtung: Individuelle Förderung in Kindergarten und Grundschule, Angebote von Bibliotheken, Musikschulen, Sportvereinen, die sich an alle richten, sind gerade für Kinder aus schwierigen Verhältnissen wichtiger als eine minimale Erhöhung des Familieneinkommens.

Komplementär zur staatlichen Finanzierung öffentlicher Güter muss die Kultur des privaten Mäzenatentums und des bürgerschaftlichen Engagements gefördert werden. Sie kann die staatliche Grundfinanzierung für Bildung und Wissenschaft, Kultur und soziale Dienste nicht ersetzen. Aber sie ist unverzichtbar, um zusätzliche finanzielle und ideelle Ressourcen zu mobilisieren und Innovationen auf den Weg zu bringen. **I**

VITA | PUBLIKATIONEN



RALF FÜCKS ist seit 1996 Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. 1982 wurde er Mitglied der Grünen, 1985 Abgeordneter des Bremer Parlaments, 1989/90 Vorsitzender der grünen Bundespartei, 1991 Bremer Umweltsenator. Arbeitsschwerpunkte: Gesellschaftspolitik, Migration, Zukunft Europas.

VERÖFFENTLICHUNGEN: „Sind die Grünen noch zu retten?“ Rowohlt Verlag, Hamburg 1991 und zahlreiche Beiträge für Bücher und Zeitungen.

HARTZ IV

1.

Hartz IV wird von einigen Theoretikern und Gewerkschaftlern als Epochenbruch gewertet. Andere halten es für eine bloße Sparmaßnahme. Wieder andere sehen in Hartz IV die Einleitung eines Mentalitätswandels, der Freiheit und individuelle Selbstverantwortung stärkt. Wie bewerten Sie Hartz IV?

2.

Gemessen am Alltagsleben eines dauerhaften Sozialhilfebeziehers sind Billigarbeitsplätze ein Fortschritt. Gemessen hingegen an gut bezahlten Dauerarbeitsplätzen stellen sie einen Rückschritt dar. Entsteht durch Billigarbeitsplätze eine neue Klasse jenseits von Staat und Markt?

3.

Sind wir auf dem Weg in eine neue Klassengesellschaft, in der das ökonomische, kulturelle und soziale Schicksal stärker „vererbt“ wird als bisher? Und wie kann verhindert werden, dass wir dort ankommen?

DREI FRAGEN, DREI ANTWORTEN, DREI AUTOREN

Hartz IV hat im Vorfeld große Ängste vor sozialer Deklassierung geweckt, doch die Entrüstung hat inzwischen einer abwartenden Haltung Platz gemacht. Erste Einschätzungen aus Wissenschaft und Politik.

HELMUT WIESENTHAL

1. Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im neuen Arbeitslosengeld (ALG)II bedeutet nicht weniger als den Bruch mit einer Form von Sozialpolitik, die seit über zwei Jahrzehnten ihre eigenen Funktionsbedingungen untergräbt. Zwar war auch schon die Arbeitslosenhilfe ähnlich wie die Sozialhilfe an eine Bedürftigkeitsprüfung geknüpft. Doch orientierten sich die Bezüge am vorangegangenen Arbeitseinkommen: Der relative Status der Hilfebezieher wurde gewahrt. Sozialhilfeempfänger kannten keine solche Statussicherung, aber konnten, sofern sie arbeitsfähig waren, über ihre Zeit und Arbeitskraft selbst verfügen. Hartz IV beendet diese „Privilegien“, die der Sozialstaat einst den Schwächsten der Gesellschaft gewährte. Der Bruch war notwendig. Von Krise zu Krise war in Deutschland die Zahl derer gestiegen, die trotz positiver Wirtschaftslage „draußen“ blieben, weil ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt wurde bzw. in Anbetracht der Beschäftigungs- und Entlohnungsbedingungen unrentabel geworden war. Das war so lange akzeptabel, wie man annahm, dass der „Überhang“ beim Arbeitsangebot mit dem nächsten Konjunkturaufschwung verschwinden würde. Heute ist klar: Das war ein Irrtum.

Hohe Arbeitslosigkeit und niedriges Wachstum sind zwei Seiten derselben Medaille. Solange Steuern und Sozialabgaben so hoch bleiben, wie sie sind, ist ein Gutteil der gesellschaftlich nutzbaren Arbeit zu teuer. Wir haben also längst ein gespaltenes Beschäftigungssystem: auf der einen Seite die gut bezahlten, aber knapper werdenden Industriearbeitsplätze in der Exportwirtschaft, auf der anderen Seite einen unterentwickelten Arbeitsmarkt für Dienstleistungen, weil diese nicht zu Industrielöhnen finanzierbar sind. Die „Lösung“ liegt auf der Hand: größere Lohnspreizung akzeptieren und dafür sorgen, dass niemand lebenslang in Niedriglohnjobs gefangen bleibt. Also: Öffnung, Durchlässigkeit, Qualifikation und Mobilität.

Im Hinblick darauf hört sich der Zweck von Hartz IV gut an: arbeitsfähige Hilfeempfänger wieder in Arbeit bringen. Es handelt

sich um die Abschaffung des „Rechts“ auf Dauerarbeitslosigkeit. Dieses beruhte nicht nur auf dem statusorientierten Hilfsanspruch der Langzeitarbeitslosen, sondern auch auf der Akzeptanz ihrer an offiziellen Zumutbarkeitskriterien festgemachten Resignation: „Für mich gibt es doch eh keine geeignete Arbeit“. Für geeignete Arbeit zu sorgen, war bekanntlich Sache des Staats. Der hatte die Tarifverbände vor der naheliegenden Aufgabe bewahrt, auf jahrzehntelange Massenarbeitslosigkeit mit Lohndifferenzierung und flexiblen Beschäftigungsformen zu reagieren.

2. Ob aus den ALG II-Beziehern eine neue „Unterklasse“ wird, hängt weniger von ihnen selbst ab als vom Mut der Reformpolitiker. Die Anrechnung von eigenem Vermögen und Partnereinkommen soll sie unter Druck setzen, auch gering bezahlte Arbeit anzunehmen. Da aber nur einige Tausend auf gemeinnützigen Ein-Euro-Jobs landen werden, sehen sich viele an die Wand gedrückt. Denn ohne Öffnung des Beschäftigungssystems durch niedrige Einstiegsgehälter, flexible Arbeitsverhältnisse und günstige Qualifikations- und Aufstiegschancen für zusätzliche Arbeitskräfte (die auch den Wettbewerb der Unternehmen um das best geeignete Personal anstacheln) ist Hartz IV unvollständig. Dort, wohin sich jetzt die ALG II-Bezieher gedrückt sehen, steht die Wand unserer starren und mit Insider-Privilegien gespickten Arbeits-, Sozial-, Wirtschafts- und Gewerbeordnung. Wenn wir auf eine weitergehende Liberalisierung von Arbeitsmarkt und Unternehmertätigkeit verzichten, die mehr Durchlässigkeit und Mobilität ermöglicht, wird mehr Asymmetrie in die gesellschaftliche Chancenstruktur einziehen, wobei die Zahl der Chancenarmen stetig wächst.

3. Dennoch ist nicht mit der Neuauflage einer Klassengesellschaft alten Stils zu rechnen. Die Welt des 21. ist in vieler Hinsicht offener als die des 19. Jahrhunderts. Der Zugang zum Wissen und den übrigen Produktionsmitteln der Informationsgesellschaft ist relativ frei. Wenn die deutschen Eliten jedoch weiterhin das Interesse der jeweils Beschäftigten über das Interesse aller Erwerbsfähigen

an einer positiven Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung stellen, sollten wir als verantwortungsvolle Bürger Position beziehen: Entweder liefert uns die Regierung endlich ein Paket aus aufeinander abgestimmten Reformen, die den Investoren mehr Erwartungssicherheit (auch hinsichtlich einer angemessenen Ertragsbesteuerung) geben, den Selbständigen mehr Spielraum verschaffen, den Arbeitsuchenden zu realen Einstiegschancen verhelfen und den Unterstützungsbedürftigen jenes Mindestmaß an Existenzsicherheit und Teilhabe garantieren, das sie brauchen, um eigene Kräfte zu entwickeln. Oder wir quittieren den Attentismus der Politik mit der Aufwertung der individuellen Exit-Optionen wie Schwarzarbeit und Auswanderung. So oder so: Wir wollen nicht nur die Nachteile des globalisierten Wettbewerbs, sondern auch seine Vorzüge – in Gestalt von höherer Dynamik, größerer Mobilität und niedrigerer Erfolgsbarrieren – erfahren.

WARNFRIED DETTLING

1. Hartz IV hat den bisherigen sozialpolitischen Konsens aufgekündigt. Die soziale Beziehungslogik zwischen Staat und Bürgern, zwischen den „Produzenten“ und den „Konsumenten“ sozialer Leistungen wurde auf eine neue Grundlage gestellt. Anlass dazu waren die finanziellen Rahmenbedingungen der öffentlichen Haushalte („Sparmaßnahmen“): Der Sozialstaat, wie wir ihn kannten, war auf Dauer nicht mehr zu finanzieren. Die tieferen Gründe freilich waren und sind ganz andere. Dazu gehört einmal die andauernde soziale Erfolglosigkeit der alten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik: Der traditionelle Sozialstaat hat die sozialen Probleme, die er eigentlich überwinden sollte (Armut, Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit), vielfach erst geschaffen oder doch verstärkt (Armutsfalle, Sozialstaatsfalle). Dazu gehören zum anderen die Gefahr einer Erosion der Solidarität durch die drohende Spaltung der Gesellschaft in zwei Gruppen: jene, die Solidarität erbringen und bezahlen (darunter auch viele, die hart arbeiten und wenig verdienen), und jene, die Solidarität „verbrauchen“ und mit Geschick und Kalkül gemütlicher leben, als wenn sie arbeiten würden.

Es sind nicht die materiellen Veränderungen, es ist der Wandel in den politikleitenden Maximen, der den Paradigmenwechsel ausmacht. Bisher galt es wie selbstverständlich als sozial und gerecht, wenn Transfers von A nach B fließen, und je länger und je mehr umso sozialer und gerechter: Solidarität als Einbahnstraße und Armut als materielles Problem. Wirksam war eine politische Anthropologie, die etwa so argumentierte: Wenn Menschen vom Staat Geld bekommen, werden sie wie von selbst und gleichsam als Gegenleistung etwas für sich und für andere Vernünftiges tun: sich weiterbilden, gemeinnützig tätig sein, ihre persönlichen und sozialen

Tugenden entfalten, auf keinen Fall aber die staatlichen Transfers missbrauchen, sie in eigennützige Kalküle einbauen, sich vom Rest der Gesellschaft ausgrenzen. Es ist dieses Menschenbild, das grandios gescheitert ist. Hartz IV zieht nur erste Konsequenzen daraus.

2. Der „Sozialstaat nach dem Sozialstaat“ geht von anderen Maximen aus. Dazu gehört das Prinzip der Gegenseitigkeit. Es entspricht der sozialen Verpflichtung, Menschen nicht am Rande liegen zu lassen, wenn sie in Not geraten. Es entspricht aber auch der sozialen Verpflichtung, selber aktiv zu sein und nach Kräften etwas zurückzugeben: Solidarität ist keine Einbahnstraße und materielle Armut meist die Folge von Bildungs- und Netzwerkarmut. Zu den neuen Maximen gehört auch das Prinzip der Aktivierung, aus dem sich sowohl für den Staat als auch für den einzelnen normative Folgen („Fordern und Fördern“) ableiten lassen. Man kann Menschen nicht nachhaltiger schaden und ausgrenzen, als wenn man sie für längere Zeit von Arbeitszusammenhängen fernhält. Nicht Billigarbeitsplätze schaffen eine neue Klasse, sondern Mentalitäten, die nichts mehr von sich, und Fürsorgesysteme, die nichts mehr von den Menschen erwarten. Weit über den Arbeitsmarkt hinaus, in Pflegeheimen wie in Familien, bricht sich die erfahrungsgesättigte Erkenntnis Bahn: Wer für andere etwas tut, was diese für sich selbst tun können, handelt unsozial. Er zerstört in den Menschen das Gefühl des Selbstwertes und der Selbstwirksamkeit.

3. Der neue Sozialstaat beruht auf einer veränderten Balance zwischen Eigenverantwortung und Solidarität. Es wird nicht mehr lange möglich sein, „Eigenverantwortung“ als „neoliberal“ zu denunzieren und „Solidarität“ von vornherein zu tabuisieren. Die Prinzipien der Gerechtigkeit und der Solidarität haben stets zwei Adressaten: den Einzelnen und das Gemeinwesen. Nur wenn möglichst viele ihr Leben verantwortlich in ihre eigenen Hände nehmen (können), bleiben für Staat und Gesellschaft genügend Ressourcen frei, jenen wirksam zu helfen, die dazu zeitweise oder auf Dauer nicht in der Lage sind, und dies auf eine Weise, die sie nicht in Abhängigkeit, sondern zurück in die Mitte der Gesellschaft führt.

Das aber kann nur gelingen, wenn der Sozialstaat die Arena wechselt: In kaum einem anderen entwickelten Land der Welt entscheidet die soziale Herkunft so sehr über die soziale Zukunft junger Menschen. Das (und nicht Hartz IV) ist der eigentliche soziale Skandal. Was durch ein fehlgesteuertes Bildungssystem, vom Kindergarten bis zur Hochschule, an Ausgrenzung und Unterschichtung der Gesellschaft vorprogrammiert wird, kann durch keine Sozialpolitik je wieder ausgeglichen werden. Der Protest gegen Hartz IV hätte bessere Ziele verdient. Bildung, Bildung, Bildung heißt die Antwort auf die neuen sozialen Fragen. Es geht um die Stärkung der Menschen und um die Entwicklung der Gesellschaft mit dem Ziel, dass mehr Menschen bessere Chancen bekommen, als sie ihnen der Status quo gegenwärtig bietet.

Privat

HARTZ IV UND DIE FRAUEN

Welche Vorteile und welche Nachteile bringt das neue Arbeitslosengeld II? VON MECHTHILD VEIL

BERUFLICHE EINGLIEDERUNG VON SOZIALHILFEEMPFÄNGERINNEN

Durch das neue Arbeitslosengeld (ALG) II werden erstmals erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger in die Beschäftigungsprogramme der Bundesagentur für Arbeit eingegliedert und sozialversichert. Das betrifft rund eine Million Sozialhilfeempfängerinnen. Für die Alleinerziehenden unter ihnen erfüllt sich damit eine alte Forderung nach beruflicher Eingliederung, die oft nicht an der Qualifikation der Frauen, sondern an fehlenden Betreuungsplätzen für Kleinkinder scheiterte. Mit Hartz IV gerät der Staat selber unter Aktivierungsdruck, er muss Möglichkeiten zur Kinderbetreuung schaffen.

STÄRKERE BETONUNG VON UNTERHALTSVERPFLICHTUNGEN

Arbeitslosenhilfeempfänger allerdings, die wegen Partnereinkommen oder eigenem Vermögen kein ALG II erhalten, haben auch keinen Rechtsanspruch auf Eingliederungsmaßnahmen. Zwei Drittel dieser „billigen“ Arbeitslosen sind Frauen und zwar mehr aus den neuen als aus den alten Bundesländern. Dort sind arbeitslose Frauen bereits stärker aus dem sozialen Netz heraus in die Sozialhilfe gefallen. Frauen ohne ALG II unterliegen einem Dequalifizierungsdruck. Weil sie von Rechts wegen nicht beruflich aktiviert werden müssen, verlieren sie ihr wichtigstes soziales Kapital: Weiterbildung und Ausbildung.

Die Betonung der Unterhaltsverpflichtungen erschwert die Arbeitsmarktintegration vor allem von Berufsrückkehrerinnen. Dass die eigene Existenzsicherung stärker als bisher von Unterhaltsverpflichtungen abhängig gemacht wird, ist in einer individualisierten Gesellschaft schwerer zu ertragen als noch in den 50er-Jahren, als die Maxime galt: „Sie heiratet ja doch“.

ERSCHWERTE PROFESSIONALISIERUNG FRAUENTYPISCHER BERUFE.

So genannte Ein-Euro-Jobs, gemeinnützige Arbeit in sozialrechtlichen Dienstverhältnissen, werden dort eingerichtet, wo häufig Frauen arbeiten: in personennahen Dienstleistungen. Die Auftraggeber, Kommunen wie auch gemeinnützige private Organisationen (Wohlfahrtsverbände), erhalten hierfür attraktive Fördermöglichkeiten: Fallpauschalen bis zu 500 Euro monatlich pro Person und Job. Aufgrund dieser Förderstruktur könnten sich diese Zusatzjobs zukünftig zu den wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten entwickeln. 600 000 solcher Stellen werden angestrebt.

Diese Arbeitsgelegenheiten verstärken die Lohndiskriminierung von Frauen, die in Bereichen wie der Altenpflege oder Vorschulerziehung sowieso schon groß ist. Die neue Konkurrenz erschwert die berufliche Professionalisierung, die historisch gesehen in diesen Bereichen immer schon schwach war.

Das beruht darauf, dass Frauen diese Arbeit früher „umsonst“ im Rahmen der Familie leisteten, wofür sie angeblich von der Natur ausreichend befähigt sind und keine Ausbildung benötigen. So gab es in den 60er-Jahren Schnellkurse für Hausfrauen zum Einsatz in Grundschulen. In der Altenpflege musste man bis vor kurzem die Ausbildung noch selber zahlen, in den Fach-

hochschulen hingegen und von Wissenschaftlern dargeboten war sie kostenlos. Die zunehmende Professionalisierung und damit bessere Entlohnung von Pflegeberufen kann ihre Legitimität durch staatlich geförderte Arbeitsgelegenheiten im Niedriglohnbereich, die die Qualität der Dienste zunichte macht, verlieren. Männlich geprägte Berufe wie das Handwerk sind durch Hartz IV kaum einer Entprofessionalisierung ausgesetzt, denn ihre Berufe als Profession sind seit langem rechtlich verankert.

HARTZ IV – ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Hartz IV stärkt den Gedanken (ob auch die Praxis wird sich zeigen) der beruflichen Aktivierung der erwerbsfähigen Bevölkerung. Soweit der Staat die Aktivierungsprogramme fördert, ist er dazu verpflichtet, sich auch um Fragen der Kinderbetreuung zu kümmern. Dadurch wird sich diese zu einem Bestandteil der Arbeitsmarktpolitik entwickeln. Aus frauenpolitischer Sicht ist dies die positive Seite der Reformen.

Nachteilig ist, dass viele Frauen durch die Stärkung der Unterhaltsverpflichtungen aus der Beschäftigungsförderung herausfallen – kontraproduktiv zu Autonomiebestrebungen und Bildungsorientierung vor allem junger Frauen. Nachteilig ist auch, dass die weitere Professionalisierung „frauentypischer“ Berufe in Frage gestellt wird. ■

VITA | PUBLIKATIONEN



MECHTHILD VEIL ist selbständige Sozialwissenschaftlerin im „Büro für Sozialpolitik und Geschlechterforschung in Europa“ (www.sozialpolitikvergleich.de). Forschung und Beratung zur Sozialpolitik, Alterssicherung unter dem gender-Aspekt. Mechthild Veil ist Mitherausgeberin der „Feministischen Studien“.

VERÖFFENTLICHUNG ZUM THEMA: „Alterssicherung von Frauen in Deutschland und Frankreich. Reformperspektiven und Reformblockaden“, edition sigma, Berlin 2002.

SIBYLL KLOTZ

1. Hartz IV ist eine Chance, weil das zentrale Prinzip des Förderns und Forderns Menschen dabei helfen kann, individuelle Problemlagen zu überwinden. Die ganzheitliche Beratung und Betreuung durch qualifizierte FallmanagerInnen stärken die BezieherInnen von Arbeitslosengeld (ALG) II. So soll er funktionieren, der aktivierende Sozialstaat: nach klaren und transparenten Regeln unterstützen, aber auch sanktionieren.

Für erwerbsfähige SozialhilfeempfängerInnen haben sich die Chancen verbessert: durch die Einbeziehung in die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung, durch den Zugang zu Maßnahmen der Arbeitsförderung, durch höhere Freibeträge und durch die Pauschalierung der Leistung.

Chancen stecken auch in den Freiräumen für Städte und Kommunen, die Eingliederung von Erwerbslosen mit sinnvoller kommunaler Beschäftigung zu verknüpfen, zum Nutzen aller.

Hartz IV ist aber auch eine Zumutung, weil sich das Arbeitslosengeld II nicht am Bedarf der/des Einzelnen orientiert, sondern eine vom Familienstatus abhängige Leistung ist. Dass die Bundesagentur für Arbeit auch Personen fördert, die aufgrund des Haushaltseinkommens kein ALG II beziehen, ist eine Kann-Bestimmung, kein Recht. Wer aus diesem Personenkreis beruflich wieder einsteigen will, muss sich künftig in der Schlange hinten anstellen.

Das könnte vor allem die Frauen treffen. Ohne eigenständige Existenzsicherung wird das Leitbild der „Versorgerehe“ zementiert, obwohl es gesellschaftlich überholt ist. Es muss also gewährleistet werden, dass auch Personen, die durch Anrechnung von Einkommen und Vermögen des Partners/der Partnerin keinen finanziellen Leistungsanspruch auf ALG II haben, der Zugang zu Aktivierung und Vermittlung eröffnet wird. Kleine Fußnote dazu: Das Ehegattensplitting bleibt erhalten, wodurch Steuereinnahmen in Höhe von 22,1 Milliarden Euro verloren gehen.

Hartz IV enthält weitere Zumutungen, die teilweise Ergebnis des Vermittlungsverfahrens im Bundesrat sind: die Ungleichbehandlung verschiedener Formen der Altersvorsorge, die zu geringen Zuverdienstmöglichkeiten und eine insgesamt nicht armutsfeste Höhe des ALG II. Sehr genau zu beobachten wird auch der Umgang mit der Zumutbarkeit von Arbeit sein.

2. Billigarbeitsplätze sind kein neues Phänomen, aber die Zahl derer, die zu Niedriglöhnen arbeiten, wächst. Wer in Deutschland die

Einführung eines Niedriglohnssektors fordert, verkennt, dass es diesen längst gibt, in Form von tariflich vereinbarten „Leichtlohngruppen“, wie es früher hieß. Zum Beispiel im Reinigungs- und Bewachungsgewerbe, bei Friseuren etc. Außerhalb der Reichweite von Tarifen, wie etwa in weiten Teilen der neuen Länder, finden sich Löhne und Gehälter, die nahe am Existenzsicherungsminimum liegen. Auch Mini-Jobs reichen nicht zur Existenzsicherung, wenn sie nicht zusätzlich zu regulärer Beschäftigung ausgeübt werden.

Durch die Zumutbarkeitsregeln von Hartz IV wächst der Druck, niedrig entlohnte Arbeit anzunehmen. Beschäftigungen mit Mehraufwand (so genannte Ein-Euro-Jobs) machen Sinn, wenn sie die Beschäftigungsfähigkeit wieder herstellen bzw. erhalten sollen. Die Gefahr, dass mit diesen Jobs reguläre Beschäftigungsverhältnisse ersetzt werden, ist real, trotz der im Gesetz vorgegebenen „Zusätzlichkeit“. In Zeiten von Gender Mainstreaming ist es außerdem ein Phänomen, dass in der Debatte über Niedriglöhne die Geschlechterperspektive keine Rolle spielt!

3. In der politischen Diskussion taucht neuerdings der Begriff der „Unterschicht“ auf, ohne dass dieser klar definiert wird. Kinder aus der Unterschicht, so das gängige Bild, sind bildungsfern, übergevoichtig, arm und schaffen es nur selten, ihrer Herkunft zu entkommen. Dass dies nicht nur Klischees sind, hat die Pisa-Studie bewiesen: In kaum einem anderen Land hängt der Bildungserfolg so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland.

Wir brauchen Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung. Wenn der Staat sich mit Hartz IV von der Sicherung des Lebensstandards verabschiedet, dann muss er gerechte Chancen beim Zugang zu Bildung und Wissen garantieren. Es geht um ganztägige und kostenfreie Betreuung, um individuelle Förderung statt früher Auslese, um Eigenverantwortung und Ergebniskontrolle, bessere Universitäten und lebenslanges Lernen. Das dafür notwendige Geld gibt es – bei allen Problemen –, denn: Vererbt werden als Teil sozialer Schicksale auch große Vermögen. Subventionen schlucken weiterhin Milliarden. Und Deutschland ist mittlerweile ein Niedrigsteuerland, was die wirklich realisierten Steuern auf Unternehmen und Vermögen betrifft.

Hartz IV hat die bessere Vermittlung in Arbeit zum Ziel. Antworten auf die zentralen Zukunftsfragen kann dieses Gesetz nicht geben: Wie sollen unsere sozialen Sicherungssysteme finanziert werden? Zu welchen Bedingungen entsteht künftig bezahlte Arbeit? Wie soll sozialer Schutz morgen aussehen? Aber die notwendigen Veränderungen werfen ihre Schatten voraus. ■

VITA | PUBLIKATIONEN



HELMUT WIESENTHAL ist Professor für Soziologie an der Humboldt-Universität Berlin.

MA: „Ausbruch aus der Zeitschleife? Das Ende des Modells Deutschland, der Egoismus der Gewerkschaften und die Chancen des grünen Reformmotors.“ In: Kommune 21, 2003.

WARNFRIED DETTLING lebt als freier Autor in Berlin. Er war Leiter der Hauptabteilung Politik der Bundesgeschäftsstelle der CDU (1973 - 1983); danach Ministerialdirektor im Bundesministerium für Jugend, Familie und Frauen.

VERÖFFENTLICHUNG ZUM THEMA: „Die Stadt und ihre Bürger. Neue Wege in der kommunalen Sozialpolitik: Grundlagen, Perspektiven, Beispiele“. Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2001.

SIBYLL KLOTZ ist Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus.

VERÖFFENTLICHUNGEN ZUM THEMA: „Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – Eine Reform, die sich ihren Namen erst noch verdienen muss“. In: Reader zum Zukunftskongress „Sozial ist nicht egal“ der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen 2003.





WELT UNTER SPANNUNG

Soziale Verwundbarkeit, prekärer Wohlstand – Die Abstiegsängste der Mittelschichten

VON BERTHOLD VOGEL

Das „Modell Deutschland“, dessen strukturelles Markenzeichen die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ war, ist an sein Ende gekommen. Damit schließt eine Erzählung von sozialem Aufstieg, beruflichem Erfolg und Wohlstand. Wegbereiter und Garant dieser Erfolgsgeschichte war der expansive, „sorgende“ Wohlfahrtsstaat, der in den mittleren Milieus fachgeschulter Arbeiter und Angestellter für Statussicherheit und Karriereaussichten sorgte.

Bildungswesen, Gesundheitssystem und die Einrichtungen der Sozialversicherung waren die Aufstiegsleitern einer Generation, deren Eltern noch in Fabrik und Krämerladen den Lebensunterhalt bestritten. Mit der Politik des „sorgenden“ Staates etablierte sich eine neue Mittelschicht, die bis heute Mentalitäten, Moralvorstellungen und Manieren der Gesellschaft prägt. Ihre mentalen Eckpfeiler sind die Familie und die mit ihr verknüpften Strategien der Statusreproduktion; die Bildung und das Versprechen auf Statusverbesserung; der Konsum als Statusmanifestation. Im Zentrum steht die Erwerbstätigkeit als Platzanweiser und Türöffner zum wohlfahrtsstaatlichen Leistungssystem.

DOCH DIE TRAGFÄHIGKEIT der Familie steht in Zeiten von Kinderlosigkeit und steigenden Scheidungsquoten in Frage, die Grundlagen der Bildung drohen zwischen Hauptschulelende und Hochschulelite zerrieben zu werden, der Zwang zu demonstrativem Konsum bei sinkenden Einkommen untergräbt die solide Haushaltsführung, und

im Arbeitsleben verliert der Leittypus des sozialversicherten und disziplinierten Arbeitnehmers an Boden. Umrahmt und forciert werden diese Spannungen durch die Neujustierung des Wohlfahrtsstaats. Der „gewährleistende“ Staat ist nun das politische Leitbild. Er hebt das Prinzip der Statussicherung auf und appelliert an die Selbstverantwortung. So verwundert es nicht, dass in den Nachmittagsstunden des „sorgenden“ Wohlfahrtsstaates aus der Mitte der Gesellschaft neue, durchweg aufgeregte Töne zu hören sind. Denn in der Ära des Reformfiebers stehen nicht Aufstieg, Karriere und Zugewinn, sondern Statuserhalt, Wohlstandssicherung und Deklassierungsvermeidung auf der Tagesordnung derer, die etwas zu verlieren haben.

VON EINEM DRAMATISCHEN Abstieg der Mitte kann zwar nicht ernsthaft die Rede sein, aber vieles spricht dafür, dass soziale und berufliche Gefährdungen als Alltagserfahrungen von den Randlagen ins Zentrum der Gesellschaft vorrücken. Der immerwährenden Erwartung des Mehr folgt die Furcht vor dem Weniger. Die Neuordnung staatlicher Eingriffe und Bestandsgarantien in der Arbeitswelt, der Rentensicherung oder der Eigenheimförderung machen den Mittelschichten zu schaffen – die Stichworte dafür lauten: soziale Verwundbarkeit und prekärer Wohlstand.

Worauf zielen diese Stichworte? Sie nehmen eine Zone der Gesellschaft in den Blick, in der es zwar nicht um drückende Erfahrungen von Armut, Arbeitslosigkeit und Aus-

grenzung geht, in der es aber wachsender Anstrengungen bedarf, den Lebensstandard zu halten. Die gefühlte Unsicherheit wird zum Thema, ebenso Strategien der Wohlstandssicherung und Abstiegsvermeidung. Die Ressourcen sind knapp, das Auskommen ist genau kalkuliert.

Ein Panorama der bedrohten Mittelklasse wird sichtbar: Alleinverdienerhaushalte, die ihr Budget in den Griff zu bekommen versuchen; Mehrfachbeschäftigte, die mittels Job-Mix ihr Auskommen bestreiten; Beschäftigte in Kleinbetrieben, die durch Verzicht auf Lohn und Arbeitnehmerrechte den Arbeitsplatz zu stabilisieren versuchen; Selbständige, die sich von Auftrag zu Auftrag bängen, oder Angestellte im öffentlichen Dienst, deren berufliche Hoffnungen im „new public management“ ihr Ende fanden.

SCHLECHTE ZEITEN FÜR die Mittelschicht? Im Prinzip, ja. Doch auch in Zeiten der Neujustierung verliert der Wohlfahrtsstaat keineswegs seine gestaltende Kraft. Neue Prekaritäten gehen einher mit neuen Privilegien. Die monetäre Prämierung des Familienverzichtes, die Aufwertung der Norm unbedingter Konkurrenzfähigkeit und des Denkens in Kategorien des Markts schaffen neue Gelegenheitsstrukturen und Karrieren, zum Beispiel den „Case-Manager“, den Projektentwickler oder den Therapeuten. Für die familienorientierten, fachgeschulten und stabilitätsbedürftigen Arbeiter und Angestellten hat allerdings der Abstiegskampf begonnen. ■

VITA | PUBLIKATIONEN



BERTHOLD VOGEL ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) der Georg-August-Universität Göttingen und Fellow am Arbeitsbereich „Die Gesellschaft der Bundesrepublik“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung.
VERÖFFENTLICHUNGEN ZUM THEMA: „Der Nachmittag des Wohlfahrtsstaates. Zur politischen Ordnung sozialer Ungleichheit“. In: Mittelweg 36, Heft 4/2004. „Leiharbeit. Neue sozialwissenschaftliche Befunde zu einer prekären Beschäftigungsform (Hrsg. Berthold Vogel), Hamburg 2004.

WIE VIEL UNGLEICHHEIT IST GERECHT?

In der Bundesrepublik wachsen die sozialen Unterschiede, und in der Debatte darüber, was gerecht ist, verschieben sich die Maßstäbe. **VON FRANK NULLMEIER**

Wann sind Ungleichheiten gerechtfertigt? Ökonomische und soziale Ungleichheiten sind gerechtfertigt, wenn sie zum Reichtum und Wohlstand einer Gesellschaft beitragen – so lautet die übliche Antwort. Sie sind sinnvoll, wenn sie das Wohlfahrtsniveau einer Gesellschaft erhöhen. Ungleichheit bietet ökonomische Anreize, die dazu beitragen, mehr Investitionen zu tätigen. Solange Ungleichheiten derart ökonomisch produktiv sind und ein höheres Wachstum ermöglichen, sind sie akzeptabel, ja wünschenswert. Doch sind solche ökonomisch begründbaren Ungleichheiten auch gerecht? Das sind sie – folgt man den Überlegungen der Gerechtigkeitstheorie des amerikanischen Philosophen John Rawls – genau dann, wenn sie den am schlechtesten gestellten Personen in einer Gesellschaft den größten Vorteil bringen. Ungleichheiten sind nicht bereits dann gerecht, wenn sie das durchschnittliche Wohlstandsniveau anheben, sondern nur, wenn sie die Lage der besonders Bedürftigen und Armen in dieser Gesellschaft verbessern helfen. „Wohlstand für alle“ rechtfertigt nur dann Ungleichheit, wenn sie aus der Armut oder aus anderen sozial benachteiligten Lagen herausführt.

Es gibt jedoch auch Ungleichheiten, die sich nicht ökonomisch rechtfertigen lassen und niemals gerecht sein können, und es gibt Bereiche und Felder, in denen allein Gleichheit und Gleichbehandlung gerecht sind: Nur die Gleichheit vor dem Gesetz kann gerecht sein, nur der gleiche Umfang an Menschenrechten für alle ist gerecht, nur der gleiche Lohn für gleiche Arbeit darf sich gerecht nennen. Entsprechend hatte John Rawls auch zwei Gerechtigkeitsgrundsätze postuliert: Grundfreiheiten müssen gleich verteilt sein, hingegen unterliegen soziale und ökonomische Lagen dem ange-

fürten Differenzprinzip, demzufolge Vorteile der Ungleichheit den Schlechtgestellten zukommen müssen.

MIT DER ZUORDNUNG von Gleichheit zum Bereich der Rechte und Grundfreiheiten und der Ungleichheit zu Ökonomie und Sozialstruktur ist es aber nicht getan. Die Logik des Begriffs Gleichheit entfaltet sich erst, wenn man mit dem Differenzprinzip konkurrierende Maßstäbe einbezieht: Die zwei grundlegenden – sich in ihren politischen Folgerungen stark widersprechenden – Maßstäbe der Verteilungsgerechtigkeit sind die Leistungs- und die Bedarfsgerechtigkeit. Bildet Leistungsgerechtigkeit die Norm, sind Ungleichheiten dann gerecht, wenn sie Ungleichheiten in den Leistungen zwischen Individuen und Gruppen entsprechen. Gleiche Leistungen müssen gleich behandelt, in gleichem Maße vergolten werden. Die aus dieser Gleichbehandlung resultierende Ungleichheit ist dann gerecht, wenn sie sich proportional zu den Leistungsungleichheiten entwickelt. So erzwingt die Gleichbehandlung auf der Ebene der Leistungen die Ungleichheit der Ergebnisse.

Nicht anders ist es bei der Bedarfsgerechtigkeit. Diese verlangt, dass – politisch definierte – Bedarfslagen vorrangig bedient werden. Gleiche Bedürftigkeiten müssen gleich behandelt werden, Personen, deren Bedarf jedoch höher oder geringer ist, erhalten mehr bzw. weniger Unterstützungsleistungen. Ungleiche Bedürftigkeit wird ungleich behandelt und zwar proportional zu dem Bedarfsunterschied. Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit unterscheidet allein das Kriterium der Verteilung: die individuellen Beiträge, Handlungsweisen, Tätigkeiten im Falle der Leistungsgerechtigkeit, die Anforderungen, Notwendigkeiten, Notlagen oder Erfordernisse im Falle



der Bedarfsgerechtigkeit. Ungleichheit wäre also immer dann gerechtfertigt, wenn sie proportional zur Verschiedenheit von Leistung oder Bedarf ist. Wann aber sind Menschen entsprechend ihrem Bedarf, wann entsprechend ihrer Leistung zu behandeln? Wieder tritt hier meist ein rein ökonomisches Argument auf: Leistungsgerechtigkeit hat Vorrang, weil sie ökonomische Anreize bietet, die Wohlstandsgewinne erzielen helfen. Der Vorrang der Leistung vor dem Bedarf wird nicht mit Gerechtigkeitsargumenten begründet, sondern mit Aussichten auf eine bessere wirtschaftliche Zukunft.

Die ökonomische Situation bildet auch den Hintergrund einer weiteren Gerechtigkeitskonzeption: der Teilhabegerechtigkeit. Deren Aufstieg vollzog sich in einer Zeit wachsender Langzeitarbeitslosigkeit parallel zur Konzentration der Sozialpolitik auf die Frage von Exklusion und Inklusion. Die Kategorie „Exklusion“ beinhaltet, Arbeitslosigkeit nicht mehr allein als soziales Risiko des Einkommensverlusts zu betrachten, sondern als Beginn eines Ausschlusses/einer Ausgeschlossenheit aus den zentralen gesellschaftlichen Institutionen, was zu weiterer sozialer Desintegration führen kann. Teilhabegerechtigkeit fordert daher, keine Person dürfe „exkludiert“ werden. Niemandem soll der Zugang zu den wichtigen gesellschaftlichen Institutionen verwehrt sein. Teilhabegerechtigkeit richtet sich ausschließlich auf die Einbeziehung aller. Ungleichheiten sind dann erlaubt, wenn sie mit der Einbeziehung aller in die wichtigen gesellschaftlichen Funktionssysteme einhergehen. Wohlstandsgewinne, die aus Ungleichheit resultieren, müssen nicht mehr wie bei Rawls den Schlechtgestellten den größten Vorteil bringen, sondern nur deren Inklusion sicherstellen. Das Teilhabeprinzip ist mithin ein stark abgeschwächtes Differenzprinzip.

AUCH DIE POLITISCH RELEVANTEN Gerechtigkeitskriterien scheinen sich in dem Maße zu verschieben, wie ökonomische Überlegungen in den Vordergrund aktueller Debatten gedrängt werden: vom Bedarf zur Leistung, vom Differenzprinzip zur Teilhabegerechtigkeit. Dabei wird angenommen, dass die potenziell höheren Ungleichheiten ökonomische Zuwächse liefern, die der Gesamtgesellschaft dienlich sind. Doch die Effekte einer Vermögens- und Einkommensungleichheit kommen längst nicht mehr derjenigen Gesellschaft zugute, die sie zulässt, weil sich ökonomische Effekte gewollter Ungleichheit nicht mehr national einhegen und nutzbar machen lassen. Ebenso wenig wie staatliche Konjunkturprogramme können Verbesserungen zugunsten potenzieller Investoren die nationale Ökonomie befördern. Auch gibt es zunehmend weniger Möglichkeiten, Wachstumseffekte durch Steuer- und Abgabensysteme so abzuschöpfen, dass sie den Schlechtestgestellten über Transferzahlungen zugeführt werden könnten. Die nationalstaatliche Steuerungsfähigkeit schwindet in zweierlei Hinsicht: Weder gelingt es, Ungleichheiten ökonomisch zu nutzen, noch die Ungleichheitseffekte für Zwecke der Sozial- und Umverteilungspolitik einzusetzen. Die Grenzen einer im nationalen Rahmen argumentierenden Gerechtigkeitsdebatte sind damit er-



wiesen, sie lassen eine mindestens europäische Gerechtigkeitspolitik sinnvoll erscheinen.

Das tendenzielle Scheitern einer Politik zunehmender Ungleichheit – gedacht als Mittel, nicht als Ziel – macht deutlich, dass es neben den erwähnten Kriterien noch weitere Gerechtigkeitsmaßstäbe gibt, die sich auf Verteilungsergebnisse und -zustände wie auf deren Veränderung beziehen. Die meisten Menschen haben intuitive Vorstellungen davon, welches Ausmaß an ungleicher Verteilung akzeptabel bzw. noch gerecht ist. Gerechtigkeits-theorien bieten allerdings wenige Anhaltspunkte für die Beurteilung von Verteilungsstrukturen, und so fehlt es an überzeugenden Argumenten oder gar Theorien, welches Maß an Ungleichverteilung „gerecht“ bzw. „ungerecht“ genannt werden könnte, obwohl viele Messverfahren zur Analyse von Verteilungszuständen existieren, die u.a. den Grad der Abweichung eines Zustandes von der Gleichverteilung festzustellen erlauben.

Da man sich über „gerechte Verteilungszustände“ aber nur so weit verständigen kann, dass eine „mittlere“ Ungleichheit zulässig ist, wird die Beurteilung von Veränderungen der Verteilungsstruktur zum eigentlichen Prüfstein der Gerechtigkeit: Derzeit wachsen in Deutschland die Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung, aber auch in den Lebens- und Bildungschancen, ohne klar erkennbare Aussicht auf Verteilungsverhältnisse, die wieder von größerer Gleichheit geprägt sind. Die wachsende Ungleichheit ist kein vorübergehender und transitorischer Zustand, er tendiert eher zu noch größeren sozialen Differenzen. Eine solche Entwicklung kann man wohl kaum als gerecht bezeichnen. ■

VITA | PUBLIKATIONEN



FRANK NULLMEIER ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Bremen und Leiter der Abteilung „Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates“ des Zentrums für Sozialpolitik.
VERÖFFENTLICHUNGEN ZUM THEMA: „Politische Theorie des Sozialstaates“, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2000.
 „Soziale Gerechtigkeit und Wettbewerbsfähigkeit“, Oldenburger Universitätsrede 2004.

„KINDER WOLLEN GRENZEN“

Ein Überraschungserfolg: Rund 300 000 Besucher in Deutschland haben den Dokumentarfilm „Rhythm is it“ inzwischen gesehen, in manchen Städten läuft er schon mehr als zwanzig Wochen. Was macht einen Film so aufregend, der sich mit Fragen der Erziehung beschäftigt? Mit dem Wert von Disziplin? Mit der Rolle der Künste bei diesem Prozess? Mit einer etwas anderen Art, Jugendliche zu fördern und von ihnen etwas zu fordern? Letztendlich also mit der Möglichkeit jedes jungen Menschen, seine Chancen wahrzunehmen und einen Platz im Leben zu finden.



Der Dokumentarfilm „Rhythm is it“ zeigt 250 Schülerinnen und Schüler von zehn bis zwanzig Jahren aus drei Berliner Hauptschulen und einer Grundschule bei der Vorbereitung ihres großen Auftritts in der „Arena“ in Treptow 2003: Strawinskis „Sacre du Printemps“ – Simon Rattle dirigiert, die Berliner Philharmoniker spielen und die Schüler tanzen. Nach sechs Wochen mühsamer Proben ein bewegender Moment. Ein fulminanter Erfolg. Und ein Sieg jedes einzelnen Schülers. Ein Gespräch mit dem englischen Choreographen Royston Maldoom über die Schwierigkeiten auf dem Weg.

BÖLL.THEMA: Royston, wie kam es, dass ein Weltstar wie Simon Rattle zusammen mit eher kulturfernen Hauptschülern eine Aufführung erarbeitete?

ROYSTON MALDOOM: In Deutschland ist diese Art sozialer Kulturarbeit unbekannt, in England gibt es seit gut dreißig Jahren *community work*, bei der Tänzer, Künstler, Regisseure in der Sozial- und Bildungsarbeit tätig sind. Für Künstler gehört dort die Mitarbeit an kommunalen Programmen einfach dazu, sie finanzieren sich auf diese Weise. Als ich von Rattle das Angebot bekam, mit Schülern „Sacre du Printemps“ einzuüben, sah ich das als Chance, auch hier die Aufmerksamkeit auf soziale Kulturarbeit zu richten.

War das auch Simon Rattles Absicht?

Er wollte Musik für junge Leute zugänglich machen. Und bei der miserablen Berliner Finanzlage darauf hinweisen, dass sein Orchester auch soziale Aufgaben übernimmt. Mein Interesse war es, den Tanz auch als Vehikel für individuelle Veränderungen zu zeigen, mehr noch: als Vehikel für Veränderungen in der Gesellschaft. Kunst kann das, Kunst ist wesentlich.

Warum gerade Tanz?

Tanz ist körperlich, ist emotional und gesellig. Tanz belebt den Einzelnen, man fühlt sich sofort besser und sieht besser aus. Tanz verändert die Art, wie Leute sich bewegen und wie sie sich fühlen. Ein Psychologe arbeitet mit dem Kopf, ich arbeite mit dem Körper. Das ist ein schneller Weg, Selbstvertrauen zu stärken.

Kann jeder Schüler, jede Schülerin mitmachen?

Wer mitmachen will, kann mitmachen. Niemand wird geprüft. Und ob jemand reich ist oder arm, kriminell oder brav, ist unwichtig. Das ist privat. Wichtig ist, dass diese Jugendlichen zu uns kommen können, ohne vorher in eine Schublade gesteckt worden zu sein. Sie kommen, ich entwickle die Choreographie, sie tanzen – wir machen zusammen Kunst. Viele kommen mit einer Selbstwahrnehmung, die ihnen von Lehrern und Eltern übergestülpt worden ist, und für sie ist es schwer, sich davon zu befreien. Ich vermittele ihnen das Gefühl, dass es nur auf die gemeinsame Arbeit ankommt, dass sie hier neu anfangen können.

Sie sagen, Sie wollen den Jugendlichen ein Gefühl ihres Werts vermitteln. Aber im Film war zu sehen, dass Sie ziemlich ruppig mit ihnen umgehen.

Wir lachen zusammen, wir rauchen gemeinsam vor der Tür, aber die Jugendlichen müssen wissen, dass ich absolut an ihre Fähigkeiten glaube und Blödsinn deshalb nicht tolerieren kann. Sie lernen sehr schnell, dass ich so verletzlich bin wie sie, und dass ich es nicht ertrage, wenn sie unter ihren Möglichkeiten bleiben und sich mit Albernheiten begnügen. Die Erwachsenen reagieren oft hysterisch: Man darf die Jugendlichen doch nicht so zur Schnecke machen! Aber die sagen selbst: Royston hat Recht, wir sind nicht so gut, wie wir sein könnten. Ich sage jedem: Wenn du mitmachst, dann musst du deine ganze Energie und Konzentration einsetzen.

Kann man Hingabe unterrichten?

Ja, aber man muss einen unerschütterlichen Glauben an die Möglichkeiten jedes Einzelnen haben. Und wissen, dass Jugendliche meist nicht so sind, wie sie sich geben. Wenn ich mit Schulleitern spreche, sagen die mir oft: Diese Kinder können sich nicht konzentrieren, sie haben kein Benehmen, die Arbeit mit ihnen ist Zeitverschwendung. Aber das stimmt nie. Jeder kann begeistert werden, auch verwahrloste Jugendliche.

Werfen Sie schon mal jemanden raus?

Ich sage schon mal: Ich hab keine Freude, mit Dir zu arbeiten, es kotzt mich an, mach was anderes. Außerdem kann jeder jederzeit gehen, aber sie kommen immer wieder.

Geht es Ihnen um die Durchsetzung von Autorität?

Nein, ich bin nur ein Künstler, der ein Stück machen will. Es geht mir nicht um Autorität an und für sich, es geht mir um dieses Stück. Das kriegen die Jugendlichen schnell mit. Die wissen ganz genau, wann sie nur herumspielen und ich mit Recht schimpfe. Häufig sagen die Jugendlichen zu mir: „Du bist der erste, der uns ernst nimmt“. Lehrer oder Eltern sagen ihnen: „Seid still“, damit sie ihre Ruhe haben. Ich hingegen will Ruhe, damit wir unsere Arbeit machen können. Und ich erkläre den Schülern jeden Tag: Ein Tänzer muss mit seinem Körper arbeiten. Wenn ihr es zulässt, dass eure Energie aus dem Mund entweicht, habt ihr nicht die Kraft, die ihr für den Tanz braucht. Ob Madonna, Rapper oder Popstars, alle, die ihr bewundert und von denen ihr meint, die hätten es einfach, haben Disziplin gelernt. Disziplin, Disziplin, Disziplin. Und es ist diese Disziplin, auf der ich bestehe. Und ich erkläre immer wieder warum.

Kinder sind einfach nicht genug gefordert – wäre das die Summe Ihrer Erfahrungen?

Ja. Wir glauben nicht an ihre Fähigkeiten, und diese sind uns auch nicht wichtig, solange das Schulsystem genug Leute ausspuckt, die das Funktionieren der Gesellschaft gewährleisten.

„Der Zugang zur Kultur ist eine Frage sozialer Gerechtigkeit.“ Maldoom mit Schülern aus vielen Ländern.

Könnte man die Gleichgültigkeit der Erwachsenenwelt in Anlehnung an Marcuse auch als „kalte Toleranz“ bezeichnen?

Ja. Wir könnten auf die Bühne kommen und jeder macht sein eigenes Ding und das Publikum sagt trotzdem: Großartig, das war bestimmt gut für die Kids, macht ihnen Spaß, ist eine gelungene Therapie. Aber das interessiert mich nicht und die Schüler noch weniger. Ich will keine Gönnerhaftigkeit, ich will Kunst.

Und die Jugendlichen verstehen das?

Natürlich.

Für mich fand im Film der Durchbruch statt, als die Schüler zum ersten Mal in der Philharmonie waren und sahen, wie diszipliniert die Musiker mit ihrem Dirigenten probten.

Das ist der Durchbruch im Film, für mich als Choreographen fand der Durchbruch früher statt. Jeden Tag gab es einen oder zwei, die plötzlich etwas verstanden, die alles vergaßen und nur diese Arbeit machten. So hat sich das Ganze langsam verändert. Jeder hat ein eigenes Tempo. Da war der Klassenclown, der körperlich nicht so fit war und deshalb den Prozess stören musste, indem er andere zum Lachen brachte. Aber irgendwann musste er registrieren, dass niemand mehr über seine Witze lachte. Da fühlte er sich verloren und war plötzlich ganz bei sich. Und ich sagte: Gut, jetzt hast du es.

Ist es leichter, mit Kindern aus gutbürgerlichem Elternhaus zu arbeiten als mit Hauptschülern?

Ich erinnere mich an ein Projekt mit Straßenkindern, bei dem wir ganz schlechte Bedingungen hatten, keinen Übungsraum, alles mühsam. Danach kam ich in eine propere Mädchenschule, wo alles da war, der Swimming pool, die Dramaklasse, das Tanzstudio. Ich hab angefangen, mit denen zu arbeiten, es war ein Albtraum.

Ein Albtraum?

Ja, diese Kinder hatten alles, sie ritten auf ihren Ponys, gingen auf ihre Partys, hatten Geld. Und sie konnten sich auf nichts konzentrieren. Wenn sie nicht unterhalten wurden, waren sie verloren. Diese Kinder waren auch verwahrlost, und die Arbeit mit ihnen war härter als die mit den Straßenkindern.

Für die Kinder heute ist das so schwierig, was Psychologen Triebaufschub nennen: die Zeitspanne zwischen Entstehung und Erfüllung eines Wunschs auszuhalten.

Ja, aber die einzige Möglichkeit, von A nach B zu kommen, ist eben Geduld und Disziplin. Und wollte man jungen Leuten sagen, dass das nicht schwer sei, würde man sie sehr schlecht behandeln, denn wenn sie ins Arbeitsleben eintreten, werden sie genau das brauchen: Geduld und Disziplin. Für die meisten wird das Leben sehr hart werden, und da brauchen sie Selbstbewusstsein: Ich hab zwar keine Arbeit, aber ich bin trotzdem jemand.

Es ist nicht fair, Leute ins Leben zu entlassen, die keine Disziplin gelernt haben.

Genau. Die Wirklichkeit ist nicht sehr demokratisch, es wird immer jemanden geben, der die Vorgaben macht. So funktioniert auch die Kunst, es gibt einen Regisseur, einen Choreographen, jemanden, der eine Vision hat, der die Regeln vorgibt, der einen bewertet. Weil aber die Künste so spannend sind, kann man lernen, das zu akzeptieren.

Verändert sich die Pädagogik heute? Von dem Nachhall der emanzipatorischen Erziehung der 68er, die häufig genug nur ein Laissez-faire war, zu, ja zu was?

Ich gehöre ja selbst zur 68er-Generation und ich hasse jede Art von Disziplin um ihrer selbst willen. Aber inzwischen weiß ich, dass die Kinder oft ohne Grenzen aufwachsen, und auch die Schule hat sie nicht aufs Leben vorbereitet. Aber ich will den Lehrern keine Schuld geben, ich könnte in diesem Schulsystem nicht Lehrer sein. Ich sage ihnen: Ich kann Risiken eingehen, die Ihr nicht eingehen könnt, schaut einfach nur zu. Es ist für sie die Chance, ihre Schüler einmal ganz anders zu sehen. Oft sind sie überrascht, wie hingebungsvoll die Schüler tanzen.

Was schlagen Sie den Schulen vor?

Holt Euch Künstler! Kunst, Tanz, Musik, Theater in die Schulen zu bringen, ist der richtige Weg. Ich würde das in den ersten zwei Jahren der Sekundarstufe zur Pflicht machen. Aber holt Künstler! Es reicht nicht, Kunstpädagogen zu haben, man muss der eigenen Leidenschaft einmal nachgegangen sein. Ob Mathematik, Poesie oder Tanz, jeder, der unterrichtet, sollte leidenschaftlich sein, die Schüler sollten von Leuten umgeben sein, die vor Leidenschaft sprühen. Das ist wichtig.

Viele junge Leute werden mit großen Idealen Lehrer und nach fünf, sechs Jahren haben die Guten ein festes Schema und die Schlechten werden nie wissen, wie es geht.

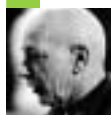
Wie kann man bei so etwas Wichtigem wie Erziehung tausend Kinder in einer Schule und dreißig Schüler in einer Klasse zulassen? Man weiß aus Erfahrung, dass Schulen, die sich die Künste zu eigen machen, bessere Ergebnisse erzielen, besseres Benehmen, bessere Integration, größere Erfolge im Sport. Junge Leute lieben Kultur.

Es heißt doch, Kultur sei nur etwas für Wohlhabende.

Das ist die Haltung in Deutschland, in England hat sich das längst verändert. Ich komme aus einer einfachen Familie ohne Nähe zur Kultur, keine Musik im Haus, kein Theaterbesuch, nichts. Ich hatte Glück, ich traf Leute, die ein Fenster öffneten, und so habe ich einen Weg gefunden.

Die öffentliche Hand in Deutschland hat kein Geld mehr, also kürzt sie bei der Kultur und beim Sport. Aber stimmt

VITA | PROJEKTE



ROYSTON MALDOOM, 1943 in London geboren, wurde als Kind von einer Bauernfamilie adoptiert. Er verließ die Schule mit 17 und arbeitete fünf Jahre als Hirte in Wales. Er sah seinen ersten Tanzfilm im Urlaub in Cambridge und schrieb sich sofort in der dortigen Ballettschule ein. Es folgten Stipendien für Tanz und für Choreographie am Königlichen Ballett London. Er beendete sein Studium an der Londoner Schule für zeitgenössischen Tanz und dem Alvin Ailey American Dance Centre, New York. Maldoom arbeitete als Choreograph in Schottland, England, Peru, Südafrika, Hongkong. 1975 gewann er den internationalen Choreographie-Wettbewerb in Paris. Heute ist er mit größeren und kleineren Projekten in der ganzen Welt unterwegs.

es nicht, dass Kultur Kindern aus Arbeiterfamilien gleichgültiger ist als Kindern aus dem Bürgertum?

Unsinn. Kultur muss für alle verfügbar sein. Man weiß doch, dass Teilhabe an den Künsten viel dazu beiträgt, dass der Einzelne ein Gefühl des eigenen Werts entwickelt. Darüber hinaus ist Musik, ist Tanz eine Sprache für Leute, die sprachlich nicht so behende sind, die keinen Aufsatz schreiben können. Sie bekommen damit eine Ausdrucksmöglichkeit, und das nimmt den Druck von ihnen weg. Kunst öffnet die Menschen für die Welt, auch die Opernhäuser sind für alle da.

Zu fremd, zu teuer für die meisten.

Dann muss man die Oper eben über kommunale Maßnahmen zugänglich machen. Das Haus muss offen sein für alle.

Für ein demokratisches Gemeinwesen ist Kultur als Vermittlung gesellschaftlicher Identität existenziell.

Es geht immer um Einbeziehung, Ausgrenzung, Zusammenhalt. Man kann nicht befehlen, dass schwarze und weiße Kinder sich mögen. Wenn ich sage: Fasst euch bei den Händen, werden die es nicht tun. Aber wenn ich sage: Ihr müsst euch an den Händen fassen, weil die Arbeit das so verlangt, dann tun sie es, weil der Choreograph das angeordnet hat. Ich könnte mit ihnen über Toleranz diskutieren, nur hilft das nicht. Wer sich aber einmal bei den Händen angefasst hat, fühlt sich dem Anderen gegenüber nicht mehr so fremd.

Wie erklären Sie den Erfolg des Films? Welche Sehnsucht wurde da befriedigt?

Wir haben so viel frustrierte Leute, die sich danach sehnen, solche Erfahrungen zu machen wie diese Jugendlichen, auch mal solch eine Chance zu bekommen. Es ist sehr berührend zu verfolgen, wie Leute sich abmühen, ob als Sportler, Bergsteiger oder Schriftsteller. Zeuge eines solchen Kampfes zu sein, ist immer bewegend, besonders, wenn sich Erfolg einstellt. Ich bin einer, der vor Glück weint. Wenn ich jemanden hungern sehe, tut mir das weh, aber wenn sich etwas zum Besseren wendet, breche ich in Tränen aus. Die Leute wollen Freude, und das ist etwas ganz anderes als Unterhaltung oder Spaß.

Es wird ständig Zerstreuung serviert, aber suchen nicht alle eigentlich die Konzentration?

Genau, es geht immer darum, sich auf Wichtiges zu konzentrieren. Und das Großartige an diesem Film ist, dass er Hoffnung macht.

Das Dümme, das man also machen kann, ist Kunst in der Schule zu vernachlässigen.

Das ist ein Desaster, und es führt zu einer Gesellschaft ohne Widerstandskraft. Der Zugang zur Kultur ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Kultur macht uns zu dem, was wir sind, sie lässt uns erkennen, wer wir sind. Und so fördert sie unsere Mitmenschlichkeit. ■ DAS GESPRÄCH FÜHRTE ELISABETH KIDERLEN



„Häufig sagen Jugendliche zu mir: Du bist der erste, der uns ernst nimmt.“ Royston Maldoom bei den Proben

DAS UNGLEICHE ERBE Jedes Jahr

werden in Deutschland 100 Milliarden vererbt – überwiegend von einer kleinen Gruppe Wohlhabender an ihre Kinder. Bietet die Erbschaftssteuer einen Hebel gegen die wachsende soziale Ungerechtigkeit? VON JENS BECKERT

Wer hat nicht schon mal von einer reichen, kinderlosen Erbtante geträumt, deren Ableben die Begünstigten in nicht allzu ferner Zukunft von allen finanziellen Sorgen befreite. Allein, diese schöne Vorstellung bleibt meist nur Traum oder Thema von Groschenromanen. Denn, erstens, fließt das allermeiste Vermögen an die Kinder, und entfernte Verwandte oder Bekannte gehen in der Regel leer aus oder erben in nur unbedeutendem Maße. Und zweitens werden zurzeit zwar in der Bundesrepublik jedes Jahr um die 100 Milliarden Euro privaten Vermögens vererbt, den Löwenanteil davon bekommt jedoch eine nur sehr kleine Gruppe. Zwar haben bereits über die Hälfte aller deutschen Haushalte eine Erbschaft erhalten oder erwarten eine solche. Doch nur bei 2,5 Prozent wird ein Vermögen von über einer halben Million Euro hinterlassen. Über zwei Drittel aller Erbschaften liegen unter 50 000 Euro. Vererbt wird somit nicht nur Vermögen, sondern auch soziale Ungleichheit.

Die ungleiche Verteilung von Erbschaften spiegelt sehr genau die ungleiche Verteilung von Vermögen wider. Teilt man die Deutschen in fünf gleich große Gruppen ein, so vereinen die reichsten zwanzig Prozent der Haushalte fast zwei Drittel des insgesamt verfügbaren Privatvermögens auf sich. Die nächsten zwanzig Prozent nennen noch über ein Viertel aller Vermögen ihr eigen. Die untersten zwanzig Prozent haben im Durchschnitt überhaupt kein eigenes Vermögen, also auch nichts zu vererben.

Die durch Erbschaften fortgepflanzte und vermehrte soziale Ungleichheit hat weitere Facetten: Wer über einen höheren Schul- oder einen Hochschulabschluss verfügt, hat bessere Chancen zu erben und noch dazu eine bedeutende Erbschaft anzutreten als derjenige mit niedriger Bildungsqualifikation. Erhebliche Ungleichheiten bei der Vererbung bestehen auch zwischen Ost und West. Die in der DDR weitgehend fehlende Möglichkeit, privates Vermögen zu bilden, und der meist geringe Wert der Immobilien in den neuen Bundesländern führen zu Ungleichheiten bei der Eigentumsverteilung in Ost und West, die weit ausgeprägter sind als die Ungleichheiten des Einkommens. Dies zeigt sich auch bei den Erbschaften. Ostdeutsche haben eine viermal geringere Chance, eine Erbschaft von über 50 000 Euro zu empfangen. Auswirkungen hat die ungleiche Vermögensverteilung natürlich auch auf die Einnahmen der Länder. Nahmen die alten Bundesländer 2003 pro Einwohner 48 Euro Erbschafts-

steuer ein, waren es in den neuen Bundesländern 3,55 Euro. Über 98 Prozent der Erbschaftssteuern werden im Westen eingenommen!

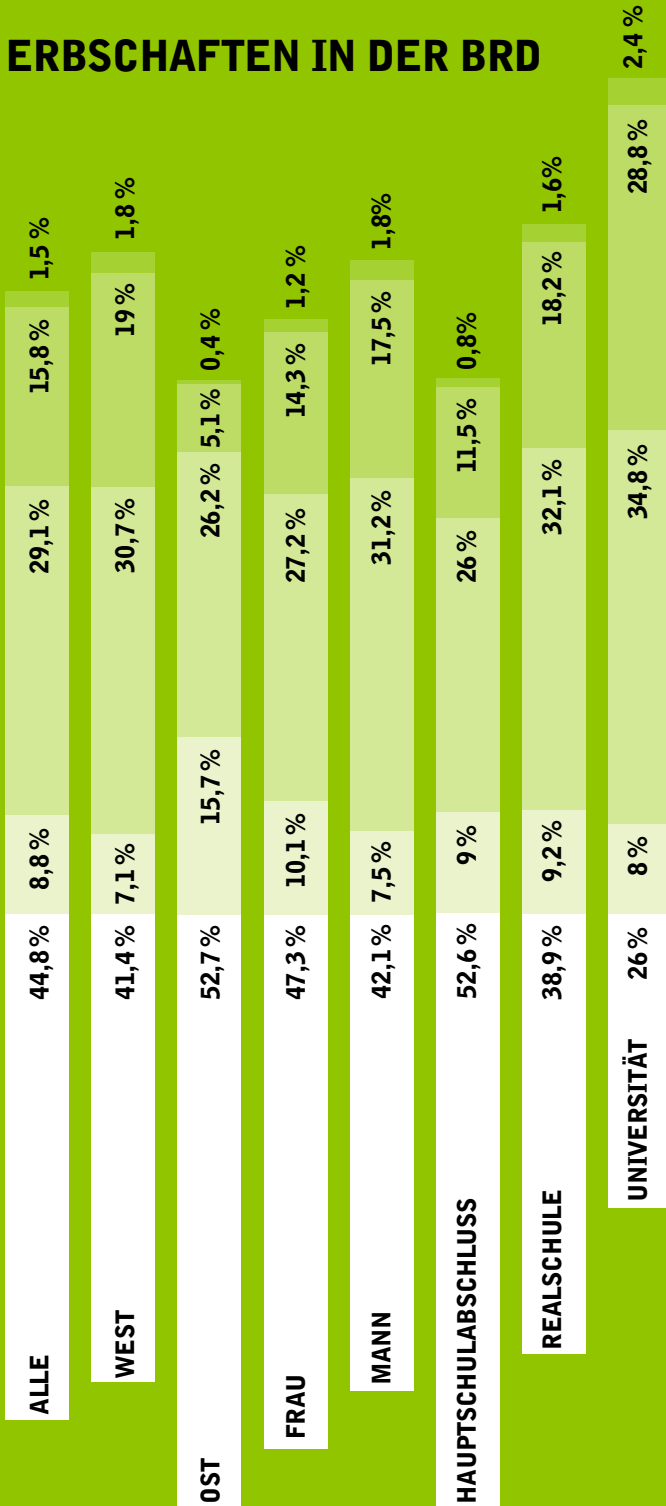
Einkommensunterschiede und ungleiche Bildungschancen stehen hierzulande bei jeder Diskussion über soziale Ungerechtigkeit im Vordergrund, Vermögen und Erbschaften erzielen geringere Aufmerksamkeit. Zu unrecht, denn Erbschaftspolitik ist Gesellschaftspolitik. Erbschaften sind mühelos erlangtes Vermögen. Die einzige breit anerkannte Grundlage zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit ist in unserer Gesellschaft das Leistungsprinzip. Wenn Einzelne durch Erbschaften oder Schenkungen „Startvorteile“ genießen, die nicht auf eigenen Leistungen beruhen, sondern auf dem Zufall, Kind reicher Eltern zu sein, verletzt dies das Leistungsprinzip wie das damit verbundene Prinzip der Chancengleichheit.

ZUR KORREKTUR VON UNGLEICHHEIT beim Übergang des Vermögens von einer Generation zur nächsten ist das wichtigste Instrument die Erbschaftssteuer. Diese spielt aber zur Zeit kaum eine Rolle. Die Staatseinnahmen von jährlich rund drei Milliarden Euro entsprechen einer durchschnittlichen steuerlichen Belastung der Erbschaften von drei Prozent. Dies kommt der Verzinsung des Vermögens in einem Jahr gleich. Und da der Spitzensatz der Erbschaftssteuer für enge Verwandte unter dem Höchstsatz der Einkommenssteuer liegt, reduziert die Erbschaftssteuer die Progressivität des Steuersystems. Hier besteht ein Unterschied zu vielen anderen Ländern. Doch ergibt sich aus dem problematischen Verhältnis von Vermögensvererbung zum Leistungsprinzip überhaupt die Notwendigkeit, hier politisch stärker einzugreifen?

Die Schwierigkeit bei der Beantwortung dieser Frage liegt in den unklaren persönlichen, familiären und gesellschaftlichen Folgen eines solchen Eingriffs. Wird etwa wirtschaftlicher Erfolg weniger ehrgeizig gesucht, wenn das dabei geschaffene Vermögen nur teilweise an die Kinder vererbt werden kann? Oder ist es im Gegenteil motivierend zu wissen, dass alle Bürger bei ihrem Streben nach Erfolg vergleichbare materielle Ausgangsbedingungen haben? Was sind die Folgen hoher Erbschaftsbesteuerung für Familienunternehmen? In Familien sind Erbschaften zwar auch Gegenstand von Konflikten, an denen sie zerbrechen können. Doch weit häufiger stabilisieren und stärken Erbschaften den Zusammenhalt

» Keine andere Steuerart wird seit jeher in Deutschland so leidenschaftlich umkämpft wie die Erbschaftssteuer – das muss ins politische Kalkül gezogen werden. «

ERBSCHAFTEN IN DER BRD



- über 1.000.000 Euro
- 100.000 bis 1.000.000 Euro
- 5.000 bis 100.000 Euro
- unter 5.000 Euro
- keine Erbschaft

Datengrundlage ist der Alterssurvey von 1996. Die Vermögensdaten beruhen auf der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1988, 1993 und 1998.

auch über die unmittelbare Kernfamilie hinaus. Und für die Stabilität einer Gesellschaft spielen Erbschaften vielleicht eine positive Rolle, gerade weil sie Kontinuitäten über die Generationen hinweg schaffen und den Kampf aller gegen alle um den sozialen Aufstieg mildern.

FAKTOR FÜR GESELLSCHAFTLICHE UNGLEICHHEIT, Faktor für gesellschaftliche Stabilität – aus dieser Ambivalenz lassen sich keine eindeutigen Konsequenzen für den Umgang mit der Vererbung von Vermögen ableiten. Doch geht es bei einer Reform der Erbschaftssteuer schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht um die Einführung einer konfiskatorischen Besteuerung, sondern allenfalls um eine moderate Erhöhung. Für die Nutzung der Erbschaftssteuer als Instrument der Vermögensbesteuerung – im Unterschied zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer – spricht die problematische Stellung der Vererbung zum Leistungsprinzip. Ihre Erhöhung lässt sich dabei fiskal- wie sozialpolitisch begründen.

Fiskalisch, weil die Steuerentlastungen der letzten zwei Jahrzehnte überdurchschnittlich den Beziehern großer Einkommen und den Besitzern großer Vermögen zugute gekommen sind. Und die Erbschaftssteuer trifft aufgrund hoher Freibeträge nur diese Personengruppe, die somit wieder stärker in die Finanzierung des Gemeinwesens einbezogen würde. Dabei gilt auch, dass der Anteil von Vermögenssteuern am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland mit 0,8 Prozent im internationalen Vergleich sehr niedrig liegt. In den USA ist er viermal, in Großbritannien mehr als fünfmal so hoch.

Sozialpolitisch besteht die Aufgabe der nächsten Jahrzehnte darin, bei zunehmender Alterung der Bevölkerung, die Mittel für Familien- und Bildungspolitik zu erhöhen, um die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft zu erhalten. Vermögensvererbung ist aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung heute wesentlich ein Transfer von den Siebzigjährigen zu den Fünfzigjährigen. Eine höhere Erbschaftsbesteuerung, bei der die erzielten Mittel Familien und Bildung zugute kämen, würde diesen Kreislauf teilweise durchbrechen. Eine Reform könnte etwa an der Senkung des Schwellenwerts ansetzen, bei dem der höchste Steuersatz einsetzt. Zurzeit wird dieser erst bei einem zu versteuernden Erbe von über 25 Millionen Euro erreicht – im internationalen Vergleich einmalig hoch.

Keine andere Steuerart wird seit jeher in Deutschland so leidenschaftlich umkämpft wie die Erbschaftssteuer – das muss ins politische Kalkül einbezogen werden. Bereits Andeutungen, sie zu erhöhen, führen zu heftigen Reaktionen. Sofort ist von „Neidsteuern“, der Schädigung des wirtschaftlichen Standorts durch drohende Kapitalabwanderung, von der Gefährdung des Mittelstandes und von Doppelbesteuerung die Rede. Größere politische Akzeptanz könnte wahrscheinlich durch die weitere Ermutigung des Stiftungswesens erreicht werden oder dadurch, dass die Einnahmen durch Erbschaftssteuern gesondert in einen Zukunftsfonds für die Familien- und Bildungspolitik fließen. ■

VITA | PUBLIKATIONEN



JENS BECKERT ist Professor für Soziologie an der Georg-August-Universität Göttingen. **VERÖFFENTLICHUNGEN ZUM THEMA:** „Unverdientes Vermögen. Soziologie des Erbrechts“. Campus Verlag, Frankfurt/New York 2004. „Der Streit um die Erbschaftssteuer“. In: Leviathan 32:5. 2004. „Transnationale Solidarität“, Campus Verlag, Frankfurt/M. 2004.

KAPITAL FÜR ALLE

**Bürgerrecht auf
Chancengleichheit.** VON CLAUS OFFE

Jedermann ist seines Glückes Schmied“, meint der Volksmund. Ihm ist zu entgegnen, dass man zum Schmieden das Eisen und das Feuer braucht; das hat nicht jedermann zur Hand. Diese Rohmaterialien individuellen Lebenserfolgs zur Verfügung zu stellen, gilt als die gesellschaftspolitische Aufgabe des öffentlichen Schulwesens. Sofern es im Sinn dieser Zielsetzung funktioniert, ist das sozialliberale Prinzip der „Chancengleichheit“ schon etwas mehr als schöner Schein. Wohl gemerkt: Chancengleichheit, nicht Ergebnisgleichheit – denn die ist ohnehin nicht zu realisieren und wegen der scharf illiberalen Folgen entsprechender gesellschaftlicher Experimente nicht einmal wünschenswert. Schon die Chancengleichheit ist ein unerreichtes Ziel. Überall, und in Deutschland mehr als in den meisten anderen Staaten der EU, sind Schul- und Berufserfolg abhängig von den Verhältnissen der Herkunftsfamilien. In jeder deutschen Großstadt gibt es ganze Viertel, in denen es eine seltene Ausnahme ist, wenn dort 18-Jährige das Abitur bestehen.

DIE IDEE EINES BÜRGERRECHTS auf Grundkapital, für die heute mit bemerkenswerter Energie und (vor allem in England) auch partiellen Erfolgen von angelsächsischen Sozialliberalen (Bruce Ackerman in den USA, Julian Le Grand in England) gekämpft wird, dient dem schlichten und doch so fernen Ziel der Chancengleichheit. Der Kern ist: Jeder 18-jährige Bürger erhält ein namhaftes Startkapital zur (eingeschränkt) freien Verfügung, sagen wir, 80 000 Euro. Voraussetzung: Abitur oder abgeschlossene Berufsausbildung sowie eine saubere Kriminalakte. Fehlt es an diesen Voraussetzungen, so verzögert sich der Anspruch auf das individuelle Startkapital um, sagen wir, ein Jahrzehnt der Lebenszeit. Was sind die Wirkungen eines solchen, aus einer aufgestockten Erbschafts- bzw. Vermögenssteuer finanzierten wirtschaftlichen Bürgerrechts?

ERSTENS: Die Ziele Abitur bzw. Berufsausbildung werden in einer viel handfesteren Weise zu einem „wertvollen“ Gut. Eltern und Jugendliche werden gleichermaßen dem Anreiz ausgesetzt, alles dafür zu tun, dass die jungen Leute diese Latte nicht reißen.

ZWEITENS: Das Startkapital steht für alle Arten investiver Verwendung zur Verfügung. Da die zukünftigen Empfänger dies im Voraus wissen, werden sie sich wohl erwogene (und mit entsprechen-

der Beratung wohlinformierte) Gedanken darüber machen, für welche Verwendung des Kapitals sie sich entscheiden. Wohneigentum? Gewerbekapital? Finanzinvestitionen? Humankapital, zu erwerben an Universitäten und Fachhochschulen? Alle Bürger haben die Wahl, ihr Leben nach eigenen Plänen einzurichten – wie es dem Ideal jeder liberalen Gesellschaftsordnung entspricht.

DRITTENS: Der Finanzaufwand, der für ein solches Bürgerrecht vorzusehen ist, könnte zu erheblichen Teilen gegenfinanziert werden: durch Einsparung bei der Mittelstands- und Gewerbeförderung, der Förderung von Wohneigentum und der Ausbildungsförderung und Hochschulfinanzierung. Es wäre möglich, Studiengebühren so anzusetzen, dass ein volles Universitätsstudium samt Unterhaltskosten aus dem Startkapital finanziert werden kann.

VIERTENS: Die „vorbeugende“ materielle Sicherheit, die auf diese Weise am Anfang des Erwachsenenlebens für alle gleichermaßen gewährleistet würde, ist mehr wert als die „nachsorgende“ Sicherheit, welche die Sozialversicherungssysteme mit ihrer (zunehmend prekären) Leistungsfähigkeit bereitstellen. Das Startkapital, mit dem man die so oft (und oft so scheinheilig) geforderte „Eigenverantwortung“ dann im Ernst praktizieren kann und muss, dürfte auch Familiengründungen zu einer als weniger riskant empfundenen Angelegenheit machen.

Gewiss: Auch wohl erwogene Entscheidungen können sich als verfehlt herausstellen. Aber der Gewinn an Gerechtigkeit läge darin, dass alle mit Beginn des Erwachsenenlebens die annähernd gleiche Chance hätten, Entscheidungen zu treffen, die sich als „richtige“ bewähren. Der Fortschritt wäre, dass nicht länger die einen die Chancen hätten und die anderen vor allem die Risiken.

WO ALSO SITZT DER PFERDEFUSS? Die Idee ist, dass gewisse Teile der Vermögenszuwächse, die in einer Generation angehäuft worden sind, mit dem Ableben dieser Generation an alle Angehörigen der nächsten umgewälzt werden sollen. Das lässt sich nicht allein mit dem Hebel einer Erbschaftssteuer bewirken, weil Vermögende diese Steuer durch rechtzeitige Vermögensübertragung an ihre Nachkommen vermeiden würden. Deshalb müssen die Vermögenswerte nicht erst zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern kontinuierlich, also durch Besteuerung von Vermögen, zur laufenden Finanzierung des Startkapitals herangezogen werden. Gegen diese Besteuerung werden Vermögende, so ist zu erwarten, entweder politisch Sturm laufen oder ihr Kapital über die Grenze schicken. Was diese Option angeht, so käme viel auf die europäische Harmonisierung der Vermögenssteuer an. Wäre das nicht eine reizvolle Aufgabe für die Vorkämpfer des vielberufenen „Europäischen Sozialmodells“? Und was jene Option angeht, die der politischen Blockade, so dürfte es den Gegnern des Startkapitals schwerfallen, ihre Truppen gegen die überwältigende moralische Plausibilität einer Chancengleichheit in Stellung zu bringen, mit der erstmals ernst gemacht würde. ■

VITA | PUBLIKATIONEN



CLAUS OFFE ist Professor für Politische Wissenschaften an der Berliner Humboldt-Universität. Seine Arbeitsgebiete sind unter anderen: Politische Soziologie, Sozialpolitik, Demokratietheorie.

VERÖFFENTLICHUNGEN ZUM

THEMA: „Geschichte und Zukunft der Arbeit“ (2000), „Organisierte Eigenarbeit. Das Modell Kooperationsring“ (1990), beide im Campus Verlag, Frankfurt/M.



THE POWER OF ONE Soziales

Unternehmertum – Soziale Investitionen: Was ist damit gemeint? Auf welche Zukunftschancen verweisen diese Begriffe? VON MARITTA KOCH-WESER

Betrachten wir zunächst Soziales Unternehmertum im global verstandenen Sinn von Sozialem Entrepreneurship. Dabei geht es um „Power of One“, die Kraft des einzelnen unternehmerischen Menschen. Und um die Hunderttausende solcher Menschen und deren Organisationen weltweit.

Soziale Unternehmer zeichnen sich aus durch eine Kombination von neuen Ideen, Kreativität und unermüdlichem zähen Einsatz für das Allgemeinwohl. Sie verfolgen ihr Ziel mit innerer Sicherheit und Unabhängigkeit vom Mainstream. Sie haben den inneren Antrieb, der über harte Strecken hinweghilft, und dies macht sie zu erfolgreichen Vorkämpfern neuer Ansätze und Lösungen. Sie sind ergebnisorientiert – von Waisenhäusern zur Kleinstkreditvergabe oder Tropenwaldbewahrung. Die letztjährige Trägerin des Friedensnobelpreises – die Kenianerin Wangari Maathai, der 2004 auch der Petra-Kelly-Preis der Heinrich-Böll-Stiftung verliehen wurde – ist eine Sozialunternehmerin par excellence.

SOZIALE UNTERNEHMER orientieren sich am sozialen Profit, am Erreichen von sozialem Wandel und der Verbesserung von Lebensbedingungen. Ihre Unternehmen verbergen sich zum Teil hinter dem Sammelnamen Nicht-Regierungsorganisation (NGO), aber sie belegen inzwischen ein Spektrum, das weit über spendenabhängige Organisationsformen hinausgeht. So gibt es Zwitter-Unternehmen, die in Teilbereichen Haifische im kommerziellen Teich bleiben, aber gleichzeitig und streng davon getrennt *pro bono*-Aktivitäten verfolgen.

Ein Beispiel hierfür ist BeneTech, ein Silicon Valley Unternehmen, das unter Jim Fruchtermann „Bookshare.org“, eine online Blindenbibliothek fördert. Dann gibt es Soziale Unternehmen, die im NGO-Bereich begonnen haben, sich aber längst kommerziell konsolidiert haben. Beispiele sind die Grammeen Bank von Mohammad Yunus oder auch BRAC in Bangladesh.

DIE TENDENZ GLOBALER UNTERNEHMEN, sich Nachhaltigkeitsfragen ernsthafter zu widmen, entwickelt sich neben dem Sozialen Unternehmertum, das aus sozialer Initiative entspringt – der internationale Begriff dafür ist *Corporate Social Responsibility*. Hier geht es um sozial- und umweltorientierte Unternehmensführung, an Nachhaltigkeit orientierte Forschung (etwa im Energie- und Transportbereich), um das Vermeiden von Negativa wie Kinderarbeit, Waffenproduktion und Umweltzerstörung im Sinne internationaler Rating Systeme wie den 1999 lancierten *Dow Jones Sustainability Index*.

Die Zahl der Sozialen Unternehmer im sogenannten *Global Citizens Sector* steigt rasant an. „How Big Can Small Get“ war zu Recht der Titel des „First Global Summit of Social Entrepreneurs“, der im November 2004 in Campinas, Brasilien, stattfand. 400 hervorragende Soziale Unternehmer aus aller Welt sowie auch Repräsentanten aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor und der Stiftungen kamen auf einem großen Marktplatz zusammen. Veranstalter war die vom Stifter des „Davos World Economic Forum“ gegründete „Schwab Foundation for Social

Entrepreneurship“ (www.schwabfound.org). In Foren wie diesem formt sich eine Assoziation derer, die smart, aber anders mit Geld und Unternehmertum umgehen.

Es gibt eine symbiotische Verbindung zwischen Sozialem Unternehmertum und Sozialen Investitionen. Die Welt der Sozialen Investitionen ist facettenreich. Die Palette reicht vom reinen Stiften und Spenden zu sozialorientierten Anlagesystemen, die niedrige Zinsen bieten, dafür Gutes tun. Und sie reicht auch – und dies ist langfristig der bedeutendste Bereich – zu kommerziellen Investitionen in Unterfangen, die gleichzeitig einen hohen sozialen Stellenwert haben und finanziell profitabel sind.

Im Spenden gesellt sich der Finanzier zum Sozialen Unternehmer oder tritt in Personalunion auf. Das Stiften & Spenden gedeiht vielerorts besser als in Deutschland – spendeten doch 2003 die US-Amerikaner allein 248 Milliarden US-Dollar (das fünffache der internationalen Entwicklungshilfe im gleichen Jahr) hauptsächlich, aber nicht nur für soziale Zwecke im eigenen Land. Die „Gates Foundation“ stellt für die Aidsbekämpfung mehr Mittel zur Verfügung als die Weltgesundheitsorganisation. Auch in Großbritannien begünstigt die Gesetzgebung Wohltätigkeit weitaus mehr als in Deutschland, und vielleicht wäre das europaweit nachahmenswert.

Es gibt im Spendenbereich angesichts immenser elektronischer Abrechnungssysteme weltweit große unausgeschöpfte Kapazitäten. Man stelle sich einmal vor, die Soziale Rechnung, bei der Konsumenten ihre Strom-, Telefon- oder Visakartenrech-

VITA | PROJEKTE



MARITTA KOCH-WESER ist Managerin von Global Exchange for Social Investment (GEXSI), eines Projekts, das Soziales Unternehmertum und Soziale Investoren zusammenführt, um den Privatsektor der Entwicklungshilfe zu fördern und Investoren bei der Suche nach Projekten, Programmen und Partnerschaften zu helfen. Sie ist Gründerin und Präsidentin von „Earth 3000“, einer internationalen Non-Profit-Organisation. Für rund zwanzig Jahre hat sie für die Weltbank gearbeitet.

nungen für einen guten Zweck auf den nächsten vollen Euro oder Dollar aufrunden ließen, würde allgemeines Gewohnheitsrecht: Enorme Beträge kämen monatlich zustande, ohne dass der Einzelne die Cents spürte, um die seine Rechnung aufgerundet würde („painless giving“).

Sozial-orientiertes *Lower-Profit-Investment*, also solche Investitionen mit niedriger Verzinsung, haben in Deutschland, den Niederlanden, der Schweiz und anderenorts eine stille, solide und jahrzehntelange Tradition. Man findet sie im kooperativen, ethischen und kirchlichen Bereich. Zum Beispiel gibt es in Deutschland den etwas „anderen Umgang mit Geld“ bei der GLS-Gemeinschaftsbank (jetzt mit der Ökobank verbunden); und die Niederländer können mit der Triodos Bank und Oikocredit aufwarten.

Neu ist ein verwandter Trend bei großen kommerziellen Banken. Insbesondere beim Verwalten von großen Privatvermögen gibt es eine Öffnung, nicht größer als ein Türspalt, für prozentual kleine Investitionen im Niedrig-Zins-Bereich – von UBS zu JP Morgan. Verteilt über die jeweiligen Gesamt-

portfolien schlägt sich dies unter dem Strich finanziell selten negativ nieder, während daraus eine durchaus bemerkenswerte soziale Bilanz resultieren kann.

ENTWICKLUNGSFÖRDERNDE INVESTITIONSOPTIONEN können auch für kommerzielle Anleger attraktiv sein. Im Bereich der Kleinstkredite liegen die Beweise auf dem Tisch, und in anderen Bereichen – von „Fair Coffee“ zu erneuerbarer Energie – bahnen sich dort, wo vor Ort kompetente Sozialunternehmer tätig sind, ebenfalls Erfolge an.

Der mittelfristig expansionsfähigste Bereich ist der der profit-orientierten privaten Entwicklungsinvestitionen. Hier ist jenseits staatlicher Entwicklungshilfe ein kompetitiver Markt mit enormen Wachstumsmöglichkeiten entstanden. Peter Woicke, Chef der Internationalen Finanzkooperation der Weltbank Gruppe, wies in einer Rede im August 2004 in Zürich darauf hin: „Wenn Sie auf den privaten Sektor schauen, sehen Sie, dass sozial verantwortliche Investmentfonds gegenwärtig nur ein Zehntel eines Prozents der 2,7 Billionen Dollar an Vermögen in den

Entwicklungsländern investieren. Ein Zehntel eines Prozents – das Potenzial ist offensichtlich riesig.“ Schließlich sind die weltweit etwa sechzig *Ethical Venture Funds* zu erwähnen, die durch Unterstützung neuer, oft bahnbrechender Technologien (etwa im Wasserbereich) ebenfalls Zukunft schaffen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass im Tandem von Sozialem Unternehmertum und Sozialen Investitionen eine Zukunft aufscheint, in der öffentliche Investitionen zwar weiterhin in Kernbereichen grundlegend sind, aber für globale Ansinnen Bürgerinitiativen und Finanzkreise oft die Geschicke selbst in die Hand nehmen.

Viele der alten Kategorien greifen nicht mehr. *Blended Value* ist eine Formulierung des Amerikaners Jed Emerson, welche die traditionelle Trennung zwischen Profitorientierung und Gemeinnützigkeit zu überwinden sucht. „Wertschöpfung“, sagt er „findet immer dann statt, wenn Investoren investieren und Organisationen handeln und ihre Mission verfolgen können“. Im Zusammenspiel von Sozialen Unternehmern und Sozialen Investoren wird das möglich. ■

Renate von Mangoldt (2)



SchriftstellerInnen und KünstlerInnen unterstützen

Heinrich Bölls früheres Domizil in dem Eifel-Örtchen Langenbroich ist Zufluchts- und Arbeitsort für SchriftstellerInnen und KünstlerInnen aus aller Welt – darunter viele politisch Verfolgte, die dort dank eines Stipendiums eine Weile ungestört arbeiten können.

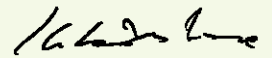
Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung. Sie können den KünstlerInnen mit Ihrer Spende direkt helfen oder eine Patenschaft übernehmen.

„Wir finden diese Einrichtung unverzichtbar. Deshalb bitten wir Sie: Unterstützen Sie das Stipendienprogramm mit einer Patenschaft!“, so die beiden Literaturnobelpreisträger Imre Kertész und Günter Grass.

IHRE ANSPRECHPARTNERIN:

Regine Walch, Fon 030-285 34-112, Fax: -119, E-Mail: walch@boell.de




Imre Kertész, Schriftsteller




Günter Grass, Schriftsteller

DER NEUE TREND

Die steuerliche Förderung hat Stiftungen neuerdings attraktiv gemacht. Ihre Zahl wächst. VON BIRGIT LAUBACH

Rund siebzig Prozent aller Bürger und Bürgerinnen engagieren sich in Vereinen und anderen Zusammenschlüssen. Auch rund zwei Drittel der Migrantinnen und Migranten türkischer Herkunft sind ehrenamtlich aktiv. Organisatorisch drückt sich das in rund einer Million Initiativen, Stiftungen, Selbsthilfegruppen, Vereinen aus. Ein neuer Trend bürgerschaftlichen Engagements ist die Bürgerstiftung, die den allmählichen Aufbau eines Stiftungsvermögens ermöglicht und insbesondere für kleinere Zustiftungen attraktiv ist.

DAS GESETZ ZUR FÖRDERUNG von Stiftungen, das im März 2000 verabschiedet wurde, unterstützt primär die Gründung kleinerer Stiftungen bis zu einem Stiftungskapital von ca. 500 000 Euro. Sechzig Prozent aller Stiftungen werden mit solch einem Vermögen gegründet. Kern der Reform ist die Möglichkeit, Spenden bis zu 307 000 Euro bei der Gründung einer Stiftung steuerlich geltend zu machen. Zusätzlich können 20 450 Euro jährlich bei der Steuer angerechnet werden. Schließlich sind die neuen Regelungen auch für Erben und Beschenkte attraktiv, denn sie erlassen die Erbschafts- und Schenkungssteuer, wenn die Bedachten innerhalb von 24 Monaten nach Erhalt des Nachlasses eine steuerbegünstigte Stiftung gründen.

Problematisch ist, dass die günstige 307 000-Euro-Regelung nur für Neugründungen gilt und auch im Fall von Zustiftungen nur für das erste Jahr in Anspruch genommen werden kann. Dies führt dazu, dass zahlreiche Klein- und Kleinstiftungen entstehen, was den Verwaltungsaufwand erhöht. Bündnis 90/Die Grünen hatten eine Reform des Stiftungsrechts vorgeschlagen, die sowohl steuerlich weitere Vergünstigungen vorsah, als auch das antiquierte staatsfixierte Stiftungsrecht zugunsten von mehr Eigenkontrolle der Stifter reformieren wollte. Herausgekommen ist 2002 eine zweite kleine Reform, die mit einem Rechtsanspruch auf Anerkennung das staatliche Genehmigungsverfahren ersetzt.

SEIT DER ROT-GRÜNEN REFORM wurden etwa 4000 Stiftungen gegründet. Die steuerlichen Erleichterungen haben das Stiften attraktiv gemacht. Stiftungsrecht ist zum großen Teil immer noch Ländersache, die Reform auf Bundesebene ist in den Ländern noch nicht richtig angekommen. Bisher haben nur sechs Länder ihre Gesetze novelliert. Die bündnisgrünen Vorschläge für ein einheitliches Stiftungsregister und Vorschriften zur Transparenz bleiben einer künftigen Reform vorbehalten. ■

EIN DACH FÜR KLEINE STIFTUNGEN

Auch die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Adresse für Stifter und Stifterinnen. Sich mit Stiftungen gesellschaftlich zu engagieren, wird für immer mehr Menschen attraktiv. Dass das eigene Vermögen oder Erbe dafür nicht riesig sein muss, zeigt das Beispiel der Frankfurter Sozialwissenschaftlerin Mechthild Veil.

„Mit der von mir gegründeten Stiftung ‚Frauen in Europa‘ möchte ich – zusammen mit anderen interessierten Frauen – dazu beitragen, die Position von Frauen im zivilgesellschaftlichen Prozess der EU-Erweiterung zu stärken“, erklärt die Stifterin. Die Stiftung hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, die Erforschung der kulturellen, sozialen und politischen Aspekte der Lebensweisen von Frauen zu fördern. Dabei geht es um Unterschiede und Gemeinsamkeiten in einem erweiterten wie in einem zu erweitern Europa. Mechthild Veil plant, mit einem Kongress im November 2005 in Frankfurt eine öffentliche Debatte über das Thema anzuregen.

Die Expertin für vergleichende Sozialpolitik in Europa möchte nun mit der Heinrich-Böll-Stiftung zusammenarbeiten, um den Wirkungsbereich ihrer Stiftung zu erhöhen. Die Böll-Stiftung bietet nämlich Menschen, die sich mit ihrem Vermögen kontinuierlich und dauerhaft für ihre politischen Ideen einsetzen wollen, an, unter ihrem Dach einen Stiftungsfond oder eine (unselbständige) Stiftung einzurichten, deren Namensgeber sie auch sein können. Wer den Wunsch, über Generationen hinaus Zukunft zu gestalten, mit den Zielen und der Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung verbinden will, wende sich an:

Regine Walch, Referentin für Fundraising, Heinrich-Böll-Stiftung, Tel: 030-285 34-112, Fax:-119, walch@boell.de

VITA | PUBLIKATIONEN



BIRGIT LAUBACH ist seit 2002 Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung, die sie mitgegründet hat. Nebenher ist sie Sachverständige in der Enquete-Kommission für eine Parlamentsreform des Niedersächsischen Landtags. 1994 wurde sie Justiziarin und stellvertretende Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Sie verfasste 1984 als Mitautorin das grüne Antidiskriminierungsgesetz und 1990 den ersten Entwurf für ein Einwanderungsgesetz. **VERÖFFENTLICHUNGEN:** zahlreiche Beiträge in juristischen Fachzeitschriften.

GELD IST KEINE MÄNNERSACHE

Warum nicht zur Philantropie? Gutes zu tun mit ihrem Geld hätte jedenfalls Eva Brinkmann to Bronxton im Sinn. Sie nutzte einen Teil ihres beträchtlichen Erbes zur Gründung von „Maecenia“, Stiftung zur Förderung von Frauen in Wissenschaft und Kunst. Die Stifterin, ehrenamtliche Geschäftsführerin ihrer Schöpfung, bereute den Schritt nie. Es sei ein „ungeheurer Gewinn, etwas zu fördern, worauf man noch zu Lebzeiten Einfluss hat.“

Geld ist keine Männersache mehr, viele Frauen verfügen über viel Geld. Und immer mehr treten aus ihrer oft ängstlich gewahrten Anonymität heraus. „Die Zeit“, meint Marita Haibach deshalb, „ist reif für die Verwirklichung der Idee Frauenstiftung.“ Die promovierte Fundraiserin, einst erste grüne Staatssekretärin Hessens, ist Fachfrau in Stiftungsfragen. Nach US-Vorbild initiierte sie Konferenzen von Erbinnen, vermögenden Frauen, einig darin, dass Reichtum allein nicht froh macht. Marita Haibach ist auch Anstifterin von „Filia“, der Stiftung von Frauen für Frauen. Die neun Erststifterinnen, unter ihnen Frau Haibach, trugen ein Anfangskapital von 250 000 Euro zusammen. Insgesamt zwölf Zustiftungen bis 2005 haben es beträchtlich vermehrt. „Filia“ verfügte 2004 über ein Vergabevolumen von gut 200 000 Euro.

Die Stiftung unterstützt bevorzugt Frauenprojekte gegen die Diskriminierung von Frauen in den armen Ländern. Und Treffen wie das „International Network of Women's Fund“ 2004 in Rio. Die einladende brasilianische Frauenstiftung hätte die Kosten nicht alleine tragen können. ■ **VON MICHAELA WUNDERLE**
www.filia-frauenstiftung.de
www.maecenia-frankfurt.de

VERTRAUEN IN DIE EIGENE KOMPETENZ

Mit dem „Start“-Stipendienprogramm für Migrantenkinder will die Hertie-Stiftung eine Verantwortungselite heranziehen. **VON HENRIKE THOMSEN**

Sprachbarrieren, schwierige wirtschaftliche Verhältnisse – die Gründe, warum Migranten-Kinder in der Schule oft schlechter abschneiden als deutsche, sind bekannt. Doch für Kenan Önen liegt die größte Hemmschwelle im fehlenden Selbstbewusstsein. „Um später eine leitende Funktion einzunehmen, benötigt man Vertrauen in die eigene Kompetenz und ein Gefühl, gebraucht zu werden. Vielen Ausländerkindern mangelt es vor allem daran“, sagt der Leiter der „Start“-Schülerstipendien der Hertie-Stiftung. Das Projekt setzt folgerichtig auf die Entwicklung einer Bildungselite unter Migranten und ähnelt darin dem Prinzip anderer Studienstiftungen: Büchergeld (monatlich hundert Euro), ein internetfähiger PC, Seminare und Sommerakademien sowie ein Alumni-Netz als Kontaktbörse und langfristige Vernetzung.

SEIT DEN ANFÄNGEN 2002 in Hessen kam das Programm bisher rund 120 Stipendiaten zugute – Indern, Osteuropäern, aber vor allem Türken. Eine Quote gibt es nicht, sondern in der Mischung spiegelt sich Kenan zufolge die Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerungsgruppen. „Start“ ist offen für alle Schüler ab der achten Klasse und aller Schulformen ausgenommen der Sonderschule. Ein zentrales Kriterium für

die Aufnahme ist gesellschaftliches Engagement. „Es reicht nicht, wenn einer gute Noten hat. Er muss Schülersprecher sein, bei der freiwilligen Feuerwehr mitmachen oder sonst etwas“, sagt Önen.

OBWOHL in diesem Jahr der erste Stipendiaten-Jahrgang entlassen wird, um sich im Studium und am Arbeitsmarkt zu behaupten, gilt „Start“ bereits als Erfolg. Bis Ende 2007 sollen – dank eines auf 3, 8 Millionen Euro mehr als verdoppelten Budgets und der Beteiligung zahlreicher Partnerträger – rund 350 Stipendiaten aufgenommen werden. Landesweit will man so nicht nur fähige Köpfe und die Führungskräfte von morgen produzieren, sondern auch die gesellschaftlichen Integrationskräfte stärken. „Unsere Gesellschaft ist eine Zuwanderungsgesellschaft“, heißt es provokant auf der Homepage www.start.ghst.de.

„Start“ versteht sich als Pionier und Propagandist dieser Erkenntnis, die in vielen Köpfen – ob von Deutschen oder Migranten – leider immer noch nicht richtig angekommen ist. ■

Für weitere Informationen: www.start.ghst.de oder per E-Mail an oenen@ghst.de
Infos zur Studienförderung der Heinrich-Böll-Stiftung: www.boell.de/Studienwerk

Sabine Gudeth

VITA | PUBLIKATIONEN



HENRIKE THOMSEN war freie Kulturjournalistin für verschiedene Zeitungen darunter NZZ, taz und Frankfurter Rundschau und Gründerin der Journalistenbüros „KulturBotschaft“, bevor sie Pressesprecherin des Deutschen Theaters in Berlin wurde. McCloy Fellowship of the American Council on Germany 2001. **VERÖFFENTLICHUNGEN:** Auswahl zur Dramatiker-Werkstatt des Deutschen Theater Göttingen 2001 mit ihrem Stück „Hier ist mi“ mit öffentlicher Aufführung.

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

VERANSTALTUNGEN (AUSWAHL)

17.-18. März, Tagung, Halle an der Saale

BETREUUNG VON KINDERN UND SOZIALE DIENSTE

Zielsetzungen, Qualitätskonzepte
und Formen der Politik

Info: Monika Steins, Fon 030 - 285 34 - 244,
arbeit@boell.de

20.-24. März, Deutsch-Israelische

Literaturtage, Berlin

„DIE VERGANGENHEIT IGNORIERT DICH NICHT“ (Amos Oz)

Literatur aus Israel und Deutschland

Info: Michaela Birk, Fon 030 - 40 04 84 83,
birk@boell.de

7.-8. April, Tagung, Köln

GELD MACHT POLITIK

Gendersensible Haushalte im
öffentlichen Sektor

Info: Gabriele Schambach,
Fon 030 - 285 34 - 184, gender@boell.de

16./17. April, Berlin

GLOBALE PASSAGEN

Neue Wege der Globalisierung

Info: Hannes Koch, Fon 030 - 26 30 09 46,
hannes.koch@e4globe.org

Ab 25. April, bundesweite Veranstaltungsreihe

GLOBALE SICHERHEIT NEU DENKEN

Bericht: Zur Lage der Welt 2005

Info: Jörg Haas, Fon 030 - 285 34 - 187,
haas@boell.de, www.zurlagederwelt.de

11.-12. Mai, Berlin

RUSSLAND IN EUROPA

Wohin führt der Weg?

Info: André Grabinski, Fon 030 - 285 34 - 389,
grabinski@boell.de

26.-28. Mai, Kongress, Berlin

MYTHOS KREUZBERG

Info: Fon 030 - 285 34 - 240,
migration@boell.de

2.-3. Juni, Tagung, Berlin

6. Außenpolitische Jahrestagung 2005

DIE NACHBARSCHAFTSPOLITIK DER EU

Info: Andrea Peschel,
andrea@boell-brussels.org

2.-3. Juni, Fachtagung, Berlin

EU-MERCOSUR-Verhandlungen:

GEISTIGES EIGENTUM VERSUS ENTWICKLUNG?

Info: Jan Stehle, Fon 030 - 285 34 - 325,
stehle@boell.de

3.-5. Juni, Kongress, Universität Hamburg

MCPLANET.COM 2.0

Info: www.mcplanet.com, info@mcplanet.com

16. Juni, Wissenschaftszentrum Berlin

CHANCEN UND RISIKEN VON LANGZEITKONTEN

Info: Ute Brümmer, Fon 030 - 285 34 - 237,
www.boell.de/arbeit

8.-10. September, Konferenz, Berlin

FEMME GLOBALE 21

Geschlechterperspektiven im 21. Jahrhundert

Info: Judith Strohm, strohm@boell.de

22.-24. September, Kongress, Berlin

(WIE) MACHT KUNST POLITIK?

Info: Simone Schmollack,
Fon 030 - 285 34 - 186, schmollack@boell.de

18.-19. November, Stuttgart, Jahrestagung

GERECHTIGKEIT

Zur politischen Kraft eines umkämpften Ideals

Leitung: Manuela Rottman,

Peter Siller, Gerhard Pitz

Info: Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württem-
berg, info@boell-bw.de, www.boell-bw.de

PUBLIKATIONEN

Grüne Akademie in der

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.)

LAGERTHEORIEN UND LAGERPOLITIK

Sozialwissenschaftliche Befunde
und politische Argumente zur Strategie
der Bündnis-Grünen

Berlin, November 2004, 72 Seiten,
Tabellen und Abbildungen

Heinrich-Böll-Stiftung und
UnternehmensGrün (Hrsg.)

SMALL IS BEAUTIFUL

Politik für kleine Unternehmen
Neu-Ulm 2004, 108 Seiten, Preis: € 13,50
ISBN 3-930830-58-2

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.):

KOMMUNALE POLITIK IN EUROPA

Über Selbstverwaltung und
grüne Politik in den europäischen Kommunen
1. Auflage, Berlin 2004,
144 Seiten, Preis: € 6,-
ISBN 3-927760-47-1

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.):

STUDIEN- UND HOCHSCHULFINANZIERUNG IN DER WISSENSGESELLSCHAFT

Von Herbert Hönigsberger und Bernd Kuckert
1. Auflage, Berlin 2004, 64 Seiten

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.):

DIASPORA, ÖL UND ROSEN

Zur innenpolitischen Entwicklung
in Armenien, Aserbaidschan und Georgien
1. Auflage, Berlin 2004,
254 Seiten, Preis: € 8,-
ISBN: 3-927760-48-X

Die Publikationen sind bei der
Heinrich-Böll-Stiftung erhältlich

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung,
Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41,
10178 Berlin, Fon 030 - 285 34 0,
Fax 030 - 285 34 - 109, info@boell.de,
www.boell.de

WEBSITES

www.boell.de

Das Portal zu den Aktivitäten der Heinrich-
Böll-Stiftung mit Veranstaltungskalender,
Downloads etc.

www.glow-boell.de

Das Global Center for Women's Politics
zu Peking+10, Friedens-, Sicherheitspolitik
und Konfliktprävention sowie zur Arbeit
des Feministischen Instituts

www.kommunale-info.de

Aktuelle kommunalpolitische
Fachinformationen

www.fluesse-verbinden.net

Die EU-Erweiterung gestalten

Dieses Heft finden Sie auch unter:

www.boell.de/thema

» Wenn sich die ökonomischen und gesellschaftlichen Fundamente verschieben, muss auch der Sozialstaat umgebaut werden. Aber dieser Umbau wird nur neues Zutrauen stiften, wenn die eingeleiteten Reformen nicht bloß als notwendig, sondern auch als gerecht empfunden werden. «

DIE HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über hundert Partnerprojekten in rund sechzig Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der „grünen“

politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Organisatorisch ist sie unabhängig und steht für geistige Offenheit. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften, mitzutun. www.boell.de